
#GermanyAndTheGlobalSouth

Abschlussbericht der Kommission
Welt im Umbruch – Deutschland und der Globale Süden

Empfehlungen für die Neuausrichtung von Deutschlands Beziehungen zu den Ländern des Globalen Südens

Mai 2025

Empfehlungen für die Neuausrichtung von Deutschlands Beziehungen zu den Ländern des Globalen Südens

Abschlussbericht der Kommission

Welt im Umbruch – Deutschland und der Globale Süden

Vorwort Global Perspectives Initiative	2
Vorwort der Kommissionsvorsitzenden	3
Executive Summary	5
Was uns leitet	7
Empfehlungen für die Neuausrichtung von Deutschlands Beziehungen zu den Ländern des Globalen Südens	
I Geopolitik	9
II Entwicklungspolitik	11
III Ökonomie und Handel	15
IV Arbeitsmigration	18
V Internationale Finanzen	21
VI Klimapolitik und -finanzierung	23
Der Blick nach vorn: Die Krise produktiv nutzen	28
Anhang	
Expert:innen	30
Kommissionsmitglieder	31
Sachregister	32
Quellenangaben	33
Impressum	35

Please note:

An English version of this publication will be made available in the download section of our website at globalperspectives.org/en/a-changing-world-germany-and-the-global-south

Vorwort *Global Perspectives Initiative*



Gregor Darmer und Rhoda Berger
Geschäftsführung
Global Perspectives Initiative

Im Sommer 2024 hat *Global Perspectives Initiative* die Kommission „Welt im Umbruch – Deutschland und der Globale Süden“ ins Leben gerufen. Unter dem Vorsitz der ehemaligen Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer haben sich zehn hochrangige Vertreter:innen aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft ein Jahr lang der Frage gewidmet, wie Deutschland in Zeiten geopolitischer Verschiebungen seine Beziehungen zum Globalen Süden in zentralen Politikfeldern (neu) ausgestalten sollte, um gemeinsam tragfähige Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

Dies geschah vor dem Hintergrund der generellen Zielsetzung und Ausrichtung von *Global Perspectives*: Als Dialogplattform 2016 gegründet, leitet uns die Überzeugung, dass es in einer zunehmend komplexen Welt den kontinuierlichen Austausch über Sektoren und Ländergrenzen hinweg benötigt, um gemeinsam Antworten auf die großen Menschheitsfragen unserer Zeit zu finden. So arbeitet *Global Perspectives* seit nun knapp zehn Jahren daran, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Europa und Afrika eng miteinander verbunden sind und die Herausforderungen der Nachbarkontinente nur gemeinsam gelöst werden können. Es gilt den Blick zu weiten und anzuerkennen: Europa braucht Afrika. Aber nicht nur afrikanische Länder gewinnen in einer zunehmend multipolaren und durch Disruptionen geprägten Welt an geopolitischer Bedeutung, sondern auch Länder Lateinamerikas und Asiens. Was bedeuten diese Verschiebungen für Deutschland und seine Rolle in der Welt?

Dazu hat sich die Kommission intensiv Gedanken gemacht und den Austausch mit Vertreter:innen aus dem Globalen Süden gesucht. Erste Empfehlungen wurden bereits Ende Januar 2025 – wenige Wochen vor der Bundestagswahl – veröffentlicht. Es freut uns, dass sich zentrale Aussagen der Kommission im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung wiederfinden. Der Veröffentlichung des Zwischenberichts schloss sich ein Beteiligungsprozess an, in dessen Verlauf wir die Möglichkeit hatten, die Erkenntnisse der Kommissionsarbeit in verschiedenen Runden vorzustellen und mit Vertreter:innen u. a. des Auswärtigen Amts, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit sowie der KfW Entwicklungsbank zu diskutieren. Allen Beteiligten danken wir für den offenen Austausch und die wertvollen Rückmeldungen.

Unser ganz besonderer Dank gilt der Vorsitzenden sowie allen Mitgliedern der Kommission, die ihre Expertise zur Verfügung gestellt und sich mit viel Herzblut und Engagement in die Kommissionsarbeit eingebracht haben. Die Diskussionen während der Kommissionssitzungen haben einmal mehr bewiesen, wie wertvoll der transsektorale und überparteiliche Austausch und die damit verbundene Perspektivenvielfalt ist. Sie wird für *Global Perspectives* auch in Zukunft leitend sein – insbesondere, wenn es darum geht, die Themen und Empfehlungen der Kommission weiter zu bearbeiten und ihre Umsetzung zu begleiten.

Vorwort der Kommissionsvorsitzenden



Annegret Kramp-Karrenbauer
Bundesministerin der
Verteidigung a.D. und Vorsitzende
der Kommission

Manchmal überholt einen die Realität schneller als erwartet. Genauso erging es uns in der Kommission. Als wir unsere Arbeit im Sommer 2024 aufnahmen, befanden sich die USA im Vorwahlkampf und Deutschland in der Erwartung einer Bundestagswahl im September 2025. In dieser Zeit haben sich die Mitglieder der Kommission sehr engagiert partei- und disziplinübergreifend mit der Frage befasst, wie Deutschland in Zeiten geopolitischer Verschiebungen seine Beziehungen zum Globalen Süden (neu) ausrichten sollte. Dies geschah mit dem Ziel, Empfehlungen für eine neue deutsche Bundesregierung zu erarbeiten.

Seitdem ist viel passiert: Heute – mit der Vorlage des offiziellen Abschlussberichtes der Kommission – ist die Bundestagswahl schon vorüber, und eine neue Bundesregierung unter Kanzler Friedrich Merz im Amt. Donald Trump hat die US-Präsidentenwahlen gewonnen und setzt seitdem nicht nur in hoher Geschwindigkeit um, was er vorher angekündigt hat, sondern verändert disruptiver als erwartet das Gesicht der USA, der transatlantischen Beziehungen und der internationalen Ordnung insgesamt. Wenn die vergangenen Monate uns eines gelehrt haben, dann dass vieles anders und noch schneller kommt als gedacht, erhofft, befürchtet. Wir haben trotzdem versucht, stets mit den neuesten Entwicklungen Schritt zu halten.

Zu Beginn unserer Arbeit gingen wir noch von einer Welt im Wandel aus, bei der die bisherige Weltordnung in Frage gestellt und der Westen als globales Werte- und Ordnungsmodell in die Defensive geraten war. Inzwischen beobachten wir einen rasanten Umbruch, der den Westen – wie wir ihn kannten – tief zu erschüttern und auch zu entzweien droht. Manche unserer Analysen und der daraus folgenden Ableitungen haben sich leider dramatischer bestätigt, als uns lieb ist und sind dadurch noch relevanter geworden.

Der fast komplette Rückzug von USAID, den Präsident Trump erzwungen hat, gefährdet die internationale humanitäre Hilfe und erfordert rasch nicht nur ein stärkeres, sondern auch ein substanzielles Engagement anderer Staaten, besonders aus Europa und dabei vor allem aus Deutschland – genau, wie von uns bereits zu Jahresanfang öffentlich empfohlen. Die aktuellen Zollankündigungen der US-Administration machen das Konzept von Freihandelszonen, für das wir uns uneingeschränkt einsetzen, noch bedeutsamer als zuvor. Unsere Forderung, Europa zu stärken, scheint mittlerweile im wahrsten Sinne des Wortes alternativlos. Und die Empfehlung, neue partnerschaftliche Beziehungen mit Ländern außerhalb des Westens aufzubauen, ist angesichts der jüngsten Entwicklungen dringender geboten denn je.

Umso mehr bleibt nicht nur richtig, was wir schon in der Kurzfassung unseres Berichtes zu Beginn des Jahres gesagt haben. Es wird vor dem Hintergrund der Aktualität auch noch brisanter und wichtiger: Wir brauchen keine Schneckenhaus-Mentalität, sondern im Gegenteil mehr internationales Engagement, weil Außenpolitik und starke Wirtschaftsbeziehungen mit allen Regionen der Welt unter den

derzeitigen geopolitischen Entwicklungen noch bedeutungsvoller sind als früher. Sie entscheiden über unser nationales Wohlergehen. Dafür müssen wir starke Allianzen formen und dabei Deutschlands Interessen klar benennen, ohne sie gegen Werte auszuspielen.

Unsere Empfehlungen sehen wir als einen Beitrag zu den, wie wir heute klarer denn je erkennen, grundlegenden Weichenstellungen unserer Zeit. Auch wenn sich manches unserer Arbeit im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung wiederfindet, ist die Debatte damit nicht beendet. Im Gegenteil.

Entscheidungen von historischer Tragweite müssen nun getroffen und gleichzeitig im demokratischen Diskurs mehrheitsfähig gemacht werden. Die Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg beweist, dass wir in Deutschland immer wieder die Fähigkeit hatten, uns auf neue (weltpolitische) Gegebenheiten einzustellen, ohne dabei unser demokratisches System aufs Spiel zu setzen. Die Kommissionsmitglieder sind der festen Überzeugung, dass Deutschland auch heute die Kraft dafür hat, im Rahmen unserer demokratischen Grundordnung die notwendigen Veränderungen anzupacken und konstruktiv zu gestalten. Wenn unsere Empfehlungen dazu einen Beitrag leisten, hat sich unsere Arbeit gelohnt.

Executive Summary

Perspektivwechsel: Neue Realitäten in einer multipolaren Welt

Internationales Engagement ist in Zeiten multipler Krisen wichtiger denn je. Allerdings haben sich die Vorzeichen dafür geändert. Deshalb braucht es nun einen erweiterten Blickwinkel, sowohl was die Akteure als auch die Ebenen der Zusammenarbeit betrifft. Als Reaktion auf neue geopolitische Realitäten sollte ein interessenbasierter Ansatz der Ausgangspunkt deutschen Engagements sein – auch in Ländern des Globalen Südens.

Traditionelle Geber-Nehmer-Muster müssen verstärkt durch Beziehungen abgelöst werden, in denen die Interessen beider Seiten realistisch formuliert und offen ausgehandelt werden. Dabei müssen Hilfe in humanitären Notlagen, Gesundheitsvorsorge, Ernährungssicherung und Armutsbekämpfung einen gleichberechtigten Platz in einer interessenbasierten internationalen Politik haben. Was Deutschland und Europa in dieser volatilen Zeit auszeichnet, sind die Verlässlichkeit und das Interesse an nachhaltigen und langfristigen Kooperationen. Es geht also nicht darum, Werte und Prinzipien aufzugeben, sondern bisherige Positionen weiterzuentwickeln, neue Brücken zu bauen und Deutschland politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich für die Zukunft zu rüsten – nicht reaktiv, sondern aktiv gestaltend.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich für die von der Kommission bearbeiteten Themenfelder folgende zentrale Empfehlungen:

1 – Kohärenz durch Cluster stärken

Durch die derzeitigen massiven Umbrüche in der Weltordnung erhält Außenpolitik immer mehr innenpolitische Relevanz – und umgekehrt. Internationale Aufgabenstellungen und Herausforderungen bestimmen den Alltag fast aller Ministerien der Bundesregierung. Eingetübte Routinen der ressortübergreifenden Zusammenarbeit, formale Ressortabstimmungen sowie komprimierte Informationen über Länder und Regionen werden der komplexen Realität aber nicht mehr gerecht. Deshalb müssen die bisherigen Instrumente so ausgebaut werden, dass am Ende eine echte Clusterzusammenarbeit entsteht. Zu diesem Zweck sollte, wie von der neuen Bundesregierung geplant, u. a. die Rolle des Bundessicherheitsrates aufgewertet und – in Fortentwicklung der Nationalen Sicherheitsstrategie vom Juni 2023 – ein Nationaler Sicherheitsrat eingerichtet werden.

2 – In Koalitionen der Willigen engagieren

Der Multilateralismus ist für Deutschland zentral. Um ihn zu erhalten, muss er reformiert werden. Dies ist langwierig. Deshalb sollte die Bundesregierung vermehrt in Koalitionen der Willigen Führung übernehmen, um einstweiligen Lösungen für globale Herausforderungen zu entwickeln.

3 – Entwicklungszusammenarbeit strategischer aufstellen

In einer multipolaren Welt braucht es eine intensivere internationale Zusammenarbeit. EZ ist dafür eine tragende Säule. Um sie noch wirksamer zu machen, bedarf es der finanziellen Sicherung, einer strategischen Neuausrichtung und besseren Koordination innerhalb der Bundesregierung, aber auch innerhalb der EU als größtem Geber weltweit.

4 — Gemeinsam attraktive Zusammenarbeitskonzepte entwickeln

Deutschland sollte im Bekenntnis zur Agenda 2030^a gemeinsam mit der EU und Ländern des Globalen Südens attraktive Zusammenarbeitskonzepte bei Handel, Investitionen, Infrastruktur, Energie-, Rohstoff- und Klimapartnerschaften entwickeln.

5 — Handelsabkommen vorantreiben

In einer Zeit, in der Wirtschaftspolitik wieder durch Zölle betrieben wird, sind Handelsabkommen eine wichtige Antwort und ein zentrales Instrument zur Förderung von Wohlstand und Sicherheit. Sie sollten jedoch entschlackt und zeitnah mit neuen Weltregionen abgeschlossen werden.

6 — Private Investitionen skalieren

Deutsche Investitionen im Globalen Süden, besonders in Afrika, müssen durch neue Anreize, Risikogarantien und Kapitalförderung gestärkt werden, während Partnerländer ihrerseits investitionsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen sollten.

7 — Arbeitsmigration steuern

Deutschland ist aufgrund seiner alternden Bevölkerung auf Arbeitsmigration angewiesen. Die Bundesregierung sollte diese – basierend auf einer mit der Wirtschaft erstellten Bedarfsanalyse – steuern und bestehende Instrumente gemäß einer verbindlichen und ganzheitlichen Strategie weiterentwickeln.

8 — Nationale Einwanderungsagentur schaffen

Eine zentrale, auf Bundesebene angesiedelte Einwanderungsagentur sollte Arbeitsmigration durch gebündelte Zuständigkeiten und vereinfachte Einreiseverfahren (Fast-Track-Regelung) beschleunigen.

9 — Entwicklungsbanken finanziell ausbauen

Entwicklungsbanken sind ein besonders guter Hebel, um knapper werdende Mittel wirksamer einzusetzen. Sie sollten finanziell gestärkt werden.

10 — Schulden restrukturieren

Es braucht neue Initiativen zur internationalen Schuldenrestrukturierung, um drohende Liquiditäts- und Solvenz Krisen besonders in den einkommensschwächsten Ländern nachhaltig zu lösen. Dazu zählt, Beiträge neuer Gläubigerländer wie China konsequent einzufordern und zugleich private Gläubiger stärker an Schuldenrestrukturierungen zu beteiligen.

11 — Internationale Kohlenstoffmärkte aufbauen

Um die Klimaziele zu erreichen, sollte CO₂ in möglichst vielen Ländern der Welt bepreist werden. Die dadurch generierten Mittel könnten in Anpassungs- und Präventionsmaßnahmen in den besonders stark vom Klimawandel betroffenen Ländern investiert werden.

12 — Steuerclubs für neue Finanzmittel einrichten

Um mehr Mittel für den internationalen Klimaschutz zu mobilisieren, sollte geprüft werden, wie die Besteuerung des internationalen Flug- oder Schiffverkehrs ohne negative Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit ermöglicht werden könnte. Steuerclubs, in denen beteiligte Staaten abgestimmte Steuersätze erheben, könnten einen denkbaren Weg darstellen.

Was uns leitet

2025 jährt sich das Ende des Zweiten Weltkriegs zum 80. Mal. Doch die internationale Ordnung, die infolge des von Deutschland begangenen Zivilisationsbruchs entstanden ist, gerät zunehmend ins Wanken. Was von ihr bleibt und wie sie in Zukunft genau aussieht, ist noch nicht entschieden. Fest steht, dass Deutschland als drittgrößte Volkswirtschaft der Welt – eingebettet in EU und NATO – wie kaum ein anderes Land von dieser Nachkriegsordnung profitiert (hat). Deshalb gilt es, die künftigen Strukturen aktiv mitzugestalten und sich nicht in einer Verklärung vergangener geopolitischer Gegebenheiten zu verlieren – oder eine „Deutschland zuerst“-Politik zu propagieren.

Gefordert ist eine fundierte politische Auseinandersetzung über die richtigen Ziele und Wege für internationale Zusammenarbeit, zu der wir als Kommission mit einer klaren Haltung beitragen wollen:

Statt weniger, mehr internationales Engagement, weil in Zeiten des globalen Umbruchs Außenpolitik und starke Wirtschaftsbeziehungen über das nationale Wohlergehen entscheiden.

Statt nationaler Rückbesinnung, Wahrung der Interessen mit Hilfe von starken Allianzen.

Statt Werte gegen Interessen auszuspielen, beides klar benennen und pragmatisch verfolgen.

Statt auf langwierige Organisationsveränderungen, auf intelligente Cluster-Lösungen setzen.

Statt angesichts populistischer Diffamierung internationales Engagement zu reduzieren, dieses strategisch ausrichten und offensiv um Zustimmung werben.

Dabei gilt der Grundsatz, dass Länder ihre berechtigten Interessen auf der Basis des Völkerrechts und nicht durch schiere Gewalt durchsetzen. Nur eine solche Welt ist auf Dauer eine faire Welt und in der Lage, das Leben aller Menschen zu verbessern. Lösungen für die zentralen Zukunftsfragen können nur gemeinsam mit den Ländern des Globalen Südens erarbeitet werden. Sie sind überproportional stark von aktuellen Krisen wie Klimawandel, Migration und geopolitischen Spannungen betroffen. Gleichzeitig gewinnen sie durch ihre demografische Entwicklung, ihre Rohstoffvorkommen und durch ihre Schlüsselrolle bei Zukunftstechnologien an strategischer Bedeutung. Westliche Überheblichkeit, Besserwisserei oder Herablassung sind unangebracht. Ebenso müssen wir uns vor Eurozentrismus hüten, der die 80 Prozent der Weltbevölkerung in „nicht-westlichen“ Ländern an den Rand unserer Wahrnehmung drängt.

Mit einer wachsenden Auswahl an Partnern stellen die Länder des Globalen Südens Forderungen an die westliche Welt, auf die Deutschland als Exportnation und bedeutender Geber von Entwicklungsleistungen konstruktive Antworten finden muss. Dabei ist uns klar, dass es sich bei den Ländern des Globalen Südens nicht um einen

homogenen Block handelt. Vielmehr ist eine differenzierte Betrachtung erforderlich und der Begriff als grobe Verallgemeinerung problematisch. Wir benutzen ihn dennoch, nicht zur geografischen Einordnung, sondern – mangels überzeugender Alternativen – in einem geopolitischen Verständnis. Zumal ihn auch Länder des Globalen Südens selbst mit einem emanzipatorischen Anspruch verwenden und er auf Bruchlinien in der internationalen Politik hinweist.

Internationale Zusammenarbeit ist gerade in Zeiten des Umbruchs, trotz knapper Kassen, notwendiger denn je. Deutschland hat dabei berechnete Eigeninteressen, die es – wie es im Rahmen der EU, NATO oder der G7 und G20 gängige Praxis ist – klar zu benennen und zu verfolgen gilt. Dieser interessenbasierte Ansatz sollte auch die Zusammenarbeit mit den Ländern des Globalen Südens leiten, in der beide Seiten ihre jeweiligen Interessen so aushandeln, dass idealerweise *Win-Win-Situationen* entstehen. Ein solcher Ansatz unterscheidet sich von der Außenpolitik anderer Länder, denen es mitunter um Ausbeutung für eigene Zwecke geht.

Für eine funktionierende internationale Zusammenarbeit ist eine regelbasierte internationale Ordnung unerlässlich. Deshalb setzen wir uns für die Stärkung und den Erhalt multilateraler Organisationen ein. Ziel muss es sein, dass sie die Realität der heutigen Welt angemessen widerspiegeln und, trotz eines teilweisen Rückzugs der USA aus dem multilateralen System, handlungsfähig sind. Dazu braucht es Reformen, um die Länder samt ihren Interessen, die sich dort bisher nicht ausreichend wiederfinden, zu stärken und sie als Alliierte in Sachen einer regelbasierter Ordnung zu gewinnen.



Wenn wir den Wert und das Prinzip des Multilateralismus verteidigen wollen, und das halte ich für absolut essenziell, müssen wir uns einig sein, dass wir das bestehende System verändern müssen.

Nathalie Delapalme, Geschäftsführerin der Mo Ibrahim Foundation, Co-Generalsekretärin der Africa-Europe Foundation

Auf der Basis unserer Werte haben wir grundlegende humanitäre Verpflichtungen, denen wir weiterhin nachkommen sollten und müssen. Gerade in Zeiten von zunehmenden Krisen und Konflikten, vermehrter Umweltkatastrophen und grassierender Pandemien ist die globale Solidarität gefordert, muss die Linderung von Not selbstverständlich bleiben. Internationale Zusammenarbeit ist vital für unser Land. Dafür brauchen wir eine offene Debatte über das Für und Wider, Nutzen und Kosten sowie ihre Art und Weise. Mit unseren Empfehlungen wollen wir zu einer Debatte im besten demokratischen Sinne beitragen.

Die Empfehlungen stellen keinen radikalen Bruch mit der bisherigen Praxis internationaler Zusammenarbeit dar. Vielmehr war es das Anliegen der Kommission, Bestehendes neu zu bewerten und pragmatisch weiterzuentwickeln.

So konzentrieren sich die Empfehlungen auf sechs Themenbereiche, die uns für die zukünftige Ausgestaltung der internationalen Kooperation besonders relevant erscheinen, da sie sich gegenseitig bedingen und verzahnt sind:

I – Geopolitik, II – Entwicklung, III – Ökonomie und Handel, IV – Arbeitsmigration, V – Internationale Finanzen sowie VI – Klimapolitik und -finanzierung.

Empfehlungen für die Neuausrichtung von Deutschlands Beziehungen zu den Ländern des Globalen Südens

I — GEOPOLITIK

Der Niedergang der regelbasierten liberalen Weltordnung zeichnet sich ab. Die globalen Machtverhältnisse verschieben sich, u. a. indem sich die USA aus ihrer internationalen Führungsrolle zurückziehen. Schon in den ersten Wochen der zweiten Trump-Administration haben sie verschiedene internationale Gremien, Foren und Organisationen verlassen, USAID abgewickelt und einen Handelskrieg entfacht. Die Disruptionen aus Washington erfolgen in rasanter Geschwindigkeit. Das erschwert es, sich ebenso wichtigen Entwicklungen in anderen Weltregionen – insbesondere im Globalen Süden – mit der notwendigen Aufmerksamkeit zuzuwenden. So ist eine sich verschärfende globale Unordnung entstanden. Sie ist geprägt durch zahlreiche Kriege und Konflikte sowie eine Weltwirtschaft in der Krise, mit instabilen Lieferketten und unsicheren Perspektiven. Dazu kommen sich verschlimmernde Folgen des Klimawandels, die Volkswirtschaften destabilisieren und Konflikte weiter anheizen. In dieser Phase verstärken sich multipolare Tendenzen, bei denen verschiedene Pole ein großes Maß an strategischer Autonomie reklamieren. Für den einst stark und geeint auftretenden Westen, und damit auch für Europa, ist diese multipolare Welt tendenziell mit Einflussverlusten verbunden. Für viele Länder im Globalen Süden geht sie dagegen mit einem emanzipatorischen Versprechen einher. Denn aus ihrer Perspektive erfolgt die Zusammenarbeit künftig nicht in historisch angelegten und normativ aufgeladenen Allianzen, sondern aus der Logik von Interessenskoalitionen und Pragmatismus. Sie haben in einer zunehmend multipolaren Welt mehr Auswahl an potenziellen Partnerschaften und nutzen diese Chancen für ihre Entwicklung.



Unser globales Ordnungssystem muss robust, wirksam, effizient und lösungsorientiert sein, steckt jedoch in der Geopolitik von 1945 fest, als viele multilaterale Institutionen gegründet wurden – in einer Zeit, die sich grundlegend von heute unterscheidet. Was wir brauchen, ist eine radikale Umstrukturierung und Demokratisierung dieser Institutionen.

Dr. Kumi Naidoo, Präsident, Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty, ehem. Exekutivdirektor, Greenpeace International und ehem. Generalsekretär, Amnesty International

Während autokratische Regime im globalen wirtschaftlichen und politischen Wettstreit gezielt Einfluss in strategischen Regionen und auf Ressourcenkreisläufe nehmen, muss Europa seinen Platz in dieser neuen Welt noch finden. Genau das ist nun die Aufgabe: Ein in jeder Hinsicht stabileres Europa zu bauen, mit mehr militärischer Macht, zukunftsgerichteten Technologien, wirtschaftlicher Kraft, aber zugleich mit den Werten, welche die Idee eines vereinten Europas ausmachen – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Menschenrechte und internationale Zusammenarbeit. Sie dürfen den neuen Gegebenheiten nicht zum Opfer fallen. Sondern es geht darum, Europas Wertekanon zu schützen, dabei die Weltlage realistisch einzuschätzen und sich auf die geopolitischen Machtdynamiken einzustellen.

Eurozentrismus, verschärft durch moralischen Rigorismus, wäre jetzt genau die falsche Rezeptur. Vielmehr gilt es, die europäische Gemeinschaft weiterzuentwickeln und zugleich aktiv an neuen Partnerschaften zu arbeiten. Denn unter den neuen Vorzeichen zählen nicht mehr alte Verbundenheit, sondern konkrete Angebote. Auf diese Weise können Deutschland und Europa ihre Softpower-Qualitäten ausspielen und sich vom imperialen Auftreten anderer Mächte abgrenzen. In diesem Sinne muss sich Deutschland – im Verbund der EU – neu positionieren und u. a. seine Beziehungen zum Globalen Süden strategisch besser kalibrieren. Denn in der sich abzeichnenden neuen multipolaren Welt sind die Länder des Globalen Südens als Partner für Europa und Deutschland politisch wie wirtschaftlich unverzichtbar. Die Beziehungen zu ihnen zu pflegen und auszubauen, sollte daher zu einem strategischen Primat der internationalen Zusammenarbeit Deutschlands werden.

Deswegen empfehlen wir:

1 — Europa in einer multipolaren Welt als eigenständigen Pol stärken

Deutschland sollte dafür eintreten, dass die EU – ohne in eurozentristische Denkmuster zu verfallen – zu einem globalen Pol in dieser zunehmend multipolaren Welt wird. Zentral ist dabei, die Verteidigungs- und außenpolitische Handlungsfähigkeit Europas zu stärken. Europa, darunter vor allem Deutschland, konnte sich lange Zeit auf die Schutzmacht USA verlassen. Dieser Grundsatz gilt nicht länger. Deshalb muss sich Europa militärisch besser aufstellen. Dafür sind eine umfassende europäische Verteidigungsindustrie und eine vermehrte militärische Zusammenarbeit innerhalb Europas nötig. Das muss primär über den europäischen Pfeiler der NATO erfolgen. Dafür werden künftig Verteidigungsausgaben in Höhe von mehr als drei Prozent des BIP notwendig sein – wichtige Investitionen, die mit dem Sondervermögen und der Änderung des Grundgesetzes für Verteidigungsausgaben nun möglich sind.

2 — EU-Handlungsfähigkeit durch Reformen beschleunigen

Aufgrund der großen Dynamik im internationalen System muss die EU in außen- und sicherheitspolitischen Belangen schneller als bisher handlungs- und gewissermaßen „weltpolitikfähig“ werden. Ziel muss es deswegen sein, das in der EU bestehende Einstimmigkeitsprinzip in der Regel durch das Prinzip der qualifizierten Mehrheit zu ersetzen. Konkrete Vorschläge hierfür hat eine *Group of Friends* von sieben europäischen Außenminister:innen bereits im Juni 2023 vorgelegt: die stärkere Nutzung von „konstruktiven“ Enthaltungen bei außenpolitischen Entscheidungen, das Testen qualifizierter Mehrheitsvoten in ausgewählten Bereichen und die Einführung von sogenannten Passarelle-Klauseln^b in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Im Sinne einer EU der unterschiedlichen Geschwindigkeiten sollte sich Deutschland auch dafür einsetzen, einen Verbund der besonders Integrationswilligen in der GASP zu schaffen.

3 — Für eine Stärkung und Reformen des Multilateralismus eintreten

Die großen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur nachhaltig bewältigen, wenn alle Akteure in den Lösungsfindungsprozess eingebunden sind. Deshalb braucht es starke multilaterale Strukturen. Ein Fortbestand des Multilateralismus erfordert jedoch Reformen, die den geopolitischen Realitäten des 21. Jahrhunderts Rechnung tragen. Deutschland und die EU sollten diesen Reformprozess mit aller Kraft vorantreiben und den Moment der Krise auch als Chance für eine Neuaufgabe des multilateralen Systems begreifen, in dem sich Europa als stabiler Partner erweist. Das bedeutet neben mehr Mitspracherechten für Staaten aus Afrika, Latein-

amerika und Asien auch, die Fragmentierung multilateraler Organisationen zu verhindern. Anliegen muss es sein, sowohl China als auch die USA weiterhin in der internationalen Gemeinschaft zu halten, um in diesem Rahmen (potenzielle) Spannungen zu entschärfen. Voraussetzung dafür ist ein starkes und geeintes Europa.

4 — In neuen Allianzen und Koalitionen der Willigen engagieren

Die multilateralen Organisationen sind geschwächt und wegen der Rivalitäten zwischen Super- und Großmächten nur bedingt handlungsfähig. Um bei drängenden Herausforderungen trotzdem voranzukommen, sollte sich Deutschland einerseits für die Stärkung und Reform multilateraler Organisationen einsetzen und andererseits mehr in minilateralen Clubs und Koalitionen der Willigen engagieren und hier auch eine aktive Führungsrolle einnehmen. Solche Koalitionen könnten Lösungen im kleineren Kreis erarbeiten und diese in die internationalen Organisationen einspeisen. Auch Gremien wie G7 und G20 sollten verstärkt in diesem Sinne genutzt werden.

5 — Partnerschaftsmodelle strategisch entwickeln

Einer Zählung der Stiftung Wissenschaft und Politik zufolge unterhält die Bundesrepublik 119 Partnerschaften mit über 80 Ländern in sehr unterschiedlichen Modellen – von strategischen Partnerschaften bis hin zu Forschungs- und Innovationspartnerschaften. Diese gilt es zu sortieren und stringenter zu definieren. Darüber hinaus verfügt Deutschland über eine Vielfalt von Instrumenten und Akteuren zur Gestaltung internationaler Beziehungen, die ihresgleichen sucht: GIZ und KfW, Goethe-Institute, DAAD, politische Stiftungen, Außenhandelskammern (AHK) und einige andere mehr. Die Bundesregierung sollte ein abgestuftes Partnerschaftskonzept entwickeln, an deren Spitze strategische Partnerschaften mit wenigen ausgewählten Ländern des Globalen Südens stehen, bei denen das gesamte Instrumentarium zur Gestaltung der Außenbeziehungen zur Anwendung kommt. Andere Partnerschaften sollten an bestimmten Politikfeldern (z. B. Klima-, Energie- oder Rohstoffpartnerschaften) oder an mini- bzw. plurilateralen Kooperationsformaten ausgerichtet werden (z. B. *Klima-Club, Group of Four*).



Deutschland sollte den Umstand nutzen, dass es auf dem afrikanischen Kontinent einen vergleichsweise guten Ruf genießt und im Allgemeinen als vertrauenswürdiger Gesprächspartner wahrgenommen wird.

Murithi Mutiga, Programmdirektor für Afrika, Crisis Group

II — ENTWICKLUNGSPOLITIK

Entwicklungspolitik ist in Zeiten geopolitischer Konflikte ein wertvolles Instrument, das man nicht ohne Not schwächen sollte. Für ein Land, das sich aufgrund seiner Geschichte bewusst militärisch zurückgehalten hat, besitzt die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) unschätzbare *Softpower*-Qualitäten. Das gilt gerade jetzt, da Deutschland und Europa ihre militärische *Hardpower* erst ausbauen müssen und ökonomisch stark im globalen Wettbewerb stehen. Durch die Kombination aus Zurückhaltung und Großzügigkeit – Deutschland war 2024 der zweitgrößte Geber¹ – hat sich die Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten erhebliches Ansehen in der Welt erarbeitet. Eine Errungenschaft, die man nicht mutwillig aufs Spiel setzen sollte.

Aus verschiedenen Gründen: Weil es bei der geopolitischen Neuordnung darum geht, bewährte Allianzen zu erhalten und neue zu finden. Weil die EZ in Konflikt- und Kriegssituationen – wie in der Ukraine – ein entscheidender Faktor bei der Unterstützung und des Wiederaufbaus ist. Und nicht zuletzt, weil gerade in diesen Zeiten das Erschließen von neuen Märkten, die Steigerung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und damit die Diversifizierung von Lieferketten von zentraler Bedeutung sind. Die EZ kann wirtschaftliche Interessen Deutschlands flankieren und dabei helfen, Türen für deutsche Exporte zu öffnen. Sie kann Risiken für private Investitionen abmildern und dazu beitragen, förderliche Rahmenbedingungen zu schaffen, etwa indem Infrastruktur bereitgestellt, Rechtsstaatlichkeit gefördert oder das Bildungsniveau der lokalen Bevölkerung gehoben werden.

Globale Menschheitsrisiken wie der Klimawandel, der Verlust der Artenvielfalt, Pandemien und die Verbreitung ansteckender Krankheiten sind Gefahren, die uns alle treffen. In unserem ureigensten Interesse sollten wir alles daransetzen, sie gemeinsam in den Griff zu bekommen. Je früher und entschiedener Deutschland den Herausforderungen entgegentritt, desto besser für alle. EZ ist also längst ein geopolitisches und geökonomisches Instrument.

Vor diesem Hintergrund sind drastische Kürzungen des Entwicklungsetats, wie sie derzeit etwa Großbritannien oder die Niederlande vornehmen, kontraproduktiv. Besonders besorgniserregend sind die Kürzungen der USA. Einst der größte Geber, setzt die neue Trump-Administration den Rotstift an und beschneidet radikal die etablierte Entwicklungsinstitution USAID. Die Kürzungen hinterlassen in den betroffenen Regionen große Defizite und öffnen Einflussräume, die eventuell von anderen Kräften genutzt werden. Folgte Europa und Deutschland diesem Beispiel, würden sich die Kräfteverhältnisse weltweit verschieben und Europa noch weiter in eine Randlage drängen. Deshalb gilt es, neue Partnerschaftsmodelle zu formen und Einflussräume zu sichern, am besten in enger Abstimmung mit anderen EU-Staaten. Nach dem Rückzug der USA kann sich Europa so als verlässlicher Partner zeigen und international eine Führungsrolle übernehmen. Es braucht also nicht weniger, sondern mehr Engagement und Kooperation mit dem Globalen Süden.



„Gemeinsame Werte“ funktionieren nicht. Es gilt genau zu bewerten, was deutsche Interessen, deutsche Vermögenswerte und Deutschlands Wettbewerbsvorteile sind, und diese in der Diskussion mit unseren afrikanischen Partnern offen auf den Tisch zu legen. Das ist der beste Weg, um Vertrauen aufzubauen.

Nathalie Delapalme, Geschäftsführerin der Mo Ibrahim Foundation,
Co-Generalsekretärin der Africa-Europe Foundation

Allerdings muss sich die EZ weiterentwickeln. Die derzeitigen Gegebenheiten sollten als Chance begriffen werden, den Blick zu wechseln und zielstrebig umzusteuern – hin zu einem interessengeleiteten Ansatz. Einem Ansatz, der nationale Interessen verfolgt, globale Herausforderungen berücksichtigt und die Interessen der Partner als gleichberechtigt anerkennt. So wie es einen erweiterten Sicherheitsbegriff braucht, müssen wir auch EZ weiter und vernetzter denken. Es geht darum, EZ im Kern zu erhalten, aber in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Dieser Paradigmenwechsel hilft bei der geforderten Fokussierung. Mögliche Budget-Restriktionen sollten zudem Anlass sein, effizienter zu werden.

Es braucht eine zukunftsfähige EZ, die sich wegbewegt von dem Narrativ der Zuwendung für Hilfsbedürftige hin zu klar definierten Interessen, die auch Themen wie Rohstoffsicherheit oder Exportchancen deutscher Unternehmen einschließen.



Fangt an, eine andere Geschichte über Afrika zu erzählen.

Fred Swaniker, Gründer, African Leadership Group

Dies bedeutet nicht, die humanitäre Hilfe aufzugeben. Die muss es auch in Zukunft geben, denn sie lindert akutes Leid in Krisensituationen. Sie ebnet den Weg hin zu stabileren Verhältnissen und beugt dem Ausbruch neuer Konflikte vor. Je stabiler die Verhältnisse im Globalen Süden sind, desto eher können sich dessen Länder an Aufgaben wie dem Klima- und Artenschutz beteiligen, desto weniger Migrationsbewegungen werden ausgelöst und desto interessanter sind sie als Märkte. EZ ist kein Politikfeld für „Schön-Wetter-Zeiten“, sondern eine kontinuierliche Aufgabe, in Krisenzeiten mehr denn je.

Aus all diesen Gründen bleibt die EZ für Deutschland ein relevantes und wesentliches Politikfeld. Umso wichtiger ist es, dieses durch Reformen und Anpassungen zukunftsfähig zu machen.

Deswegen empfehlen wir:

1 — Entwicklungszusammenarbeit strategischer aufstellen

Funktionierende, verlässliche und vertrauensvolle Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens sind in multipolaren Zeiten von zentraler Bedeutung. Diese Partnerschaften gilt es aktiv zu gestalten. Dafür ist die EZ ein zentrales Instrument. Sie sollte strategisch ausgerichtet sein, sich entlang von klaren Kriterien stärker fokussieren und ihre Mittel effizient und wirksam einsetzen.

2 — Stärker im EU-Verbund arbeiten

In geopolitisch disruptiven Zeiten ist es wichtig, Kräfte zu bündeln und gemeinsam mehr zu erreichen. Um Wirkungen zu vervielfältigen, müssen die Anstrengungen zwischen den Ländern der EU ausgebaut und enger koordiniert werden. Deutschland kann hier eine zentrale Rolle spielen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind zusammen der größte Geber öffentlicher Entwicklungsleistungen. Ihr Beitrag ist seit dem Rückzug der USA noch wichtiger geworden. Entgegen dem Zeitgeist gilt es, diese Stärke durch gemeinsame Entwicklungspolitik und Implementierung, wie z. B. bei der *Global-Gateway-Initiative*, noch besser auszuspielen.

3 — Gemeinsam attraktive Zusammenarbeitskonzepte entwickeln

Die klassische Rollenverteilung von Gebern und Empfängern in der Entwicklungszusammenarbeit ist überholt. Vielmehr braucht es Partnerschaften, von denen beide Seiten profitieren und bei denen alle Beteiligten ihre Interessen klar kommunizieren. Deshalb sollte Deutschland im Bekenntnis zur Agenda 2030 gemeinsam mit der EU und Ländern des Globalen Südens attraktive Zusammenarbeitskonzepte bei Handel, Investitionen, Infrastruktur, Energie-, Rohstoff- und Klimapartnerschaften entwickeln, um zu vermeiden, dass China, Russland, die Türkei und andere Akteure geopolitische Leerräume füllen und den Wettbewerb für sich entscheiden.

4 — Abhängigkeiten minimieren

In der EZ gilt mehr denn je das Ziel, Abhängigkeiten zu beseitigen. Sie sollte verstärkt auf Investitionen setzen und dauerhafte Transferleistungen vermeiden. Welche verheerenden Auswirkungen das im Zweifel mit sich bringen kann, hat zuletzt der Rückzug von USAID gezeigt, wo etwa in Südafrika der Anstieg der Todesrate droht, weil plötzlich HIV-Medikamente fehlen.² Deutschland sollte daher immer anstreben, vor Ort nachhaltige Strukturen zu schaffen, die Bestand haben und eigenständiges Handeln ermöglichen.

5 — Belange des Privatsektors in die Entwicklungszusammenarbeit einbauen

Die Privatwirtschaft muss auf verschiedenen Ebenen eine stärkere Rolle als bisher in der EZ spielen. Das betrifft v. a. die Arbeit vor Ort, denn viele Länder des Globalen Südens erachten die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung als zentrales Element einer Zusammenarbeit mit Deutschland und der EU. Entsprechend sollte sie auch auf deutscher Seite prioritär behandelt werden. Das bedeutet u. a., beschäftigungswirksames Wachstum und Unternehmertum stärker zu fördern. Zugleich muss die EZ die Belange der deutschen Wirtschaft im Globalen Süden gezielt in den Blick nehmen. Dafür sollte sie systematisch dazu beitragen, investitionsfreundliche Rahmenbedingungen, z. B. Rechtssicherheit und eine unabhängige Justiz, in den Ländern des Globalen Südens zu schaffen. Das hilft der deutschen Exportwirtschaft, nützt aber auch den Partnerländern, die für ihr weiteres Fortkommen stark von ausländischen Investitionen profitieren können. Um hier eine bessere Verzahnung zwischen EZ und deutscher Wirtschaft zu gewährleisten, sollten die Durchführungsorganisationen Interessen und Bedarfe deutscher Unternehmen sowie lokale Wirtschaftsanalysen von Beginn an in Projektvorschlägen integrieren. Auch in Bezug auf Lieferbindungen sollten Überlegungen intensiviert werden, wie deutsche Firmen stärker von Ausschreibungen im Kontext der deutschen EZ profitieren könnten.

6 — Inhaltlich neu ausrichten, Strukturen beibehalten

Für die Neuausrichtung der EZ braucht es einen Paradigmenwechsel, ein anderes übergeordnetes Narrativ, ein neues Mindset und angepasste strategische Ziele. Eine strukturelle Neuaufstellung würde aller Voraussicht nach jedoch nicht den gewünschten Effekt erzielen. Die Entscheidung im Rahmen des Koalitionsvertrages, das BMZ nicht aufzulösen, ist daher begrüßenswert. Eine solche Auflösung würde Kräfte binden, Handlungsspielräume einschränken und Zeit kosten, die in der jetzigen Weltlage nicht zur Verfügung steht. Im Sinne strategischer Stringenz könnte es allenfalls lohnend sein, über selektive Verschiebungen von Abteilungen nachzudenken. Allerdings wird auch eine Zusammenlegung von Arbeitseinheiten das bestehende Kohärenzproblem zwischen den Ressorts im Hinblick auf die Gestaltung der internationalen Kooperation nicht lösen.

7 — Kohärenz durch Cluster stärken

Die verschiedenen Ministerien sollten mit ihren jeweiligen Kompetenzen, Kenntnissen und Instrumenten zielorientiert in Clustern zusammenarbeiten. Voraussetzung für eine solche Zusammenarbeit in Clustern ist ein gemeinsames Verständnis der Ausgangslage. Hierfür wäre es in einem ersten Schritt erforderlich, verfügbare Informationen in einer verbindlichen und nachvollziehbaren Weise zusammenzufassen und allen Entscheidungsträger:innen in Parlament, Regierung und Verwaltung zugänglich zu machen. Darauf aufbauend sollte eine Clustermatrix als Grundlage für Abwägungsprozesse und Entscheidungen entwickelt und genutzt werden, sodass am Ende alle relevanten Daten für die Entscheider:innen in einer Clusterdatenbank abrufbar sind.

Vorlagen könnten zudem, um ein stärkeres Bewusstsein für die Zusammenhänge zu schaffen, eine verpflichtende Zusatzkategorie erhalten, die Wechselwirkungen von Entscheidungen und Entwicklungen auf nationaler bzw. internationaler Ebene klar benennt. Ebenso wäre eine ressortübergreifende Darstellung der eingesetzten Mittel und gemeinsame Beratungen von betroffenen Bundestagsausschüssen hilfreich. Die Koordination der Clusterarbeit müsste schließlich durch ein übergeordnetes Gremium – wie etwa den von der neuen Bundesregierung geplanten Nationalen Sicherheitsrat – erfolgen. Nur so kann Deutschland seine Softpower optimal ausspielen und seine Beziehungen zu den Ländern des Globalen Südens aktiv gestalten.

III — ÖKONOMIE UND HANDEL

Als eine der größten Export- und Handelsnationen der Welt ist Deutschland von internationalen Marktentwicklungen unmittelbar betroffen. So hängt in Deutschland fast jeder vierte Arbeitsplatz am Export³, bei den Ausfuhren wird jeder zweite Euro verdient.⁴ Dieses Geschäftsmodell ist auf offene Märkte und einen regelbasierten Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Ideen angewiesen. Doch statt mehr Freihandelszonen und eines weiteren Globalisierungsschubes mit wachsendem Warenaustausch drohen mit der aggressiven Zollpolitik der Trump-Administration ernste Handelskonflikte – selbst zwischen vormals offenen Märkten. Neue Zölle und Handelsbarrieren beschränken den internationalen Warenverkehr und katalysieren die Weltwirtschaft womöglich um Jahrzehnte zurück. Diese Entwicklung macht gerade Deutschland mit seiner Exportabhängigkeit besonders verletzlich. Hinzu kommt eine große Abhängigkeit von Ressourcen aus dem Ausland, u. a. für die weitere Entwicklung der Digitalisierung und Energiewende. Beides erfordert mineralische Rohstoffe wie Kupfer, Lithium und Nickel als essenzielle Bestandteile für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Der Bedarf daran wird perspektivisch weiterwachsen, nach Berechnung der Internationalen Energieagentur (IEA) bis 2040 auf das Vierfache des heutigen Verbrauchs.⁵

Als rohstoffarmes Industrieland muss Deutschland einen effektiven Umgang mit seinen globalen Abhängigkeiten finden. Um konkurrenzfähig zu bleiben und dauerhaft Wohlstand zu sichern, sind neue Geschäftsmodelle nötig. Vor dem Hintergrund des Klimawandels lautet die Aufgabe zudem, wirtschaftliche Ziele mit Klima- und Umweltschutz zu verbinden. Nur ein solcher Ansatz ist langfristig erfolgreich. Das bedeutet, Deutschland muss seine Absatzmärkte diversifizieren, seinen steigenden Energiebedarf nachhaltig zu wettbewerbsfähigen Kosten decken, den Zugang zu Rohstoffen sichern, neue Märkte erschließen, Lieferketten absichern und Arbeits- und Fachkräfte gewinnen. Für all das braucht es eine enge Zusammenarbeit mit den Ländern des Globalen Südens, denn hier finden sich die Märkte und Arbeitskräfte der Zukunft, die Rohstoffe sowie enormes Innovations- und Investitionspotenzial.

Der Klima- und Energiesektor sowie die Digitalisierung entwickeln sich in den Ländern des Globalen Südens mit hohem Tempo. Allein für den Klima- und Energiesektor Afrikas sieht die IEA den Investitionsbedarf bei 240 Milliarden US-Dollar pro Jahr.⁶ Sich an diesem Modernisierungsschub zu beteiligen, kann sich auch für die deutsche Wirtschaft unmittelbar wie mittelbar lohnen. Sie benötigt nicht nur Rohstoffe, sie muss auch um ihre Innovationskraft kämpfen, um bei modernen Schlüsseltechnologien nicht den Anschluss zu verlieren. So belegt Deutschland, obwohl drittgrößte Volkswirtschaft der Welt, im *Global Innovation Index* nur Rang neun.⁷



Ihr müsst nicht dorthin gehen, wo die größten Herausforderungen liegen. Geht da hin, wo die besten Chancen sind. Ihr müsst nicht in jedes Land Afrikas investieren. Beginnt da, wo das richtige Umfeld existiert, und baut darauf auf.

Fred Swaniker, Gründer, African Leadership Group

Folglich braucht es eine starke zukunftsgerichtete Innovationspolitik, die gezielt auf die Förderung von Wissen, Start-ups und Technologien setzt. Dabei die Länder des Globalen Südens einzubeziehen, kann sich mehrfach auszahlen. Insbesondere in den Bereichen erneuerbare Energien, Digitalisierung und Rohstoffhandel bieten sich Potenziale für *Win-Win-Partnerschaften*. Es gilt, die konkreten Interessen und Bedarfe der deutschen Wirtschaft zu identifizieren, mit den Interessen möglicher Partnerländer aus dem Globalen Südens abzugleichen und mit entsprechenden Investitionen zu realisieren. Dafür sind jedoch auch verlässliche Rahmenbedingungen vor Ort erforderlich, welche die Partnerländer sicherstellen müssen.

Letztlich ist die Hinwendung zu den Ländern des Globalen Südens und die aktive Gestaltung dieser Beziehungen für die Zukunft der deutschen Wirtschaft essenziell, heute mehr denn je.

Deswegen empfehlen wir:

1 — Abhängigkeiten bei kritischen Mineralien und Rohstoffen mindern

Deutschland wird auf Rohstoffzulieferungen angewiesen bleiben. Um diese Abhängigkeit klug zu managen und, wo möglich, zu mindern, sollten Importe diversifiziert werden. Dafür braucht es eine interessenbasierte Rohstoffaußenpolitik, die eine Balance findet zwischen eigener Versorgungssicherheit, nationalen Dekarbonisierungsplänen, Verteidigungsaufgaben und den Entwicklungszielen von Ländern des Globalen Südens. Deutschland sollte stärker in Rohstoffpartnerschaften investieren, u. a. durch mehr Präsenz in mineralreichen Staaten und durch regelmäßigen Austausch vor Ort. Dafür ist es wichtig, gemeinsam langfristige Perspektiven zu entwickeln, statt auf kurzfristige Zusagen zu setzen.

2 — Handelsabkommen vorantreiben

In Zeiten, in denen Politik wieder durch Zölle betrieben wird, sind Freihandelsabkommen von zentraler Bedeutung. Aber die Verhandlungen dazu dauern zu lange, weil sie mit technischen Standards und vielen Details überfrachtet sind. Deutschland sollte sich in der EU für eine höhere Geschwindigkeit und für schlankere Abkommen einsetzen. Ein fristgerechtes 70-Prozent-Abkommen ist besser als ein 100-Prozent-Abkommen, das nie realisiert wird. Die EU sollte hier im Namen der Mitgliedstaaten zügig voranschreiten und – ähnlich wie im Fall Mercosur – die Verhandlungen mit neuen Weltregionen forcieren. Sie sollte sich dabei auf Handelsfragen konzentrieren und allgemeine politische Aspekte in den Hintergrund stellen.

3 — Global-Gateway-Initiative ausbauen

Für die Länder des Globalen Südens sind attraktive Kooperationsangebote mit längerer Laufzeit wichtig. So können sie planen und langfristige Entwicklungsziele verfolgen. Gleichzeitig muss Europa sich im globalen Wettbewerb um wirtschaftliche

Zusammenarbeit behaupten. Die *Global-Gateway-Initiative*, die vor allem große Infrastrukturvorhaben verfolgt und umsetzt, ist dafür ein wichtiges Instrument auf EU-Ebene. Ihre Vorteile gilt es noch weiter zu schärfen und sie als schlagkräftige Plattform sowie attraktives Kooperationsmodell etwa durch stärkere regionale Fokussierung oder vereinfachte Projektbewilligung auszubauen. Auch damit sich europäische Unternehmen in wettbewerbsfähigen Konsortien für die Umsetzung von Projekten im Globalen Süden zusammenfinden können.

4 — Lokale Wertschöpfungsketten aufbauen

Deutschland sollte in Ländern des Globalen Südens in den Aufbau von Wertschöpfungsketten und in die verarbeitende Produktion investieren sowie Handelshemmnisse für entsprechende Produkte beseitigen. Das hilft der angestrebten Diversifizierung ebenso wie dem Aufbau neuer Märkte. Die entstehenden Arbeitsplätze liegen im Interesse Deutschlands wie auch der betroffenen Regierungen, besonders in Afrika. Deutschland kann hier durch den Transfer von Wissen und Technologie sowie den Aufbau von Ausbildungssystemen unterstützen und umgekehrt an Innovationen teilhaben, etwa bei der Herstellung von Wasserstoff.

5 — Private Investitionen skalieren und Garantien verstärkt einsetzen

Viele Länder des Globalen Südens sind etwa beim Ausbau der Infrastruktur oder Digitalisierung und bei der Bewältigung der anstehenden Transformationsaufgaben auf ausländische Investitionen angewiesen. Öffentliche Budgets reichen dafür nicht aus, weshalb es die Kooperation mit der Privatwirtschaft braucht. Aufgrund von zu hoch wahrgenommenen Risiken in vielen Regionen des Globalen Südens kommt bisher allerdings nur ein Bruchteil der Direktinvestitionen aus Deutschland, wohingegen Unternehmen u. a. aus China, Indien, Brasilien oder der Türkei zunehmend in diesem Bereich aktiv sind. Um privates Kapital stärker dorthin zu locken, deutschen Firmen neue, zukunftssträchtige Märkte zu erschließen und die bestehende Risikoaversion zu überwinden, braucht es zusätzliche Anreize sowie den verstärkten Einsatz von Garantien und Sicherungsmechanismen. Die bisherigen Maßnahmen reichen nicht; nötig sind z. B. mehr *Venture Capital* sowie Beteiligungskapital^c. Das gilt vor allem für die Förderung neuer Technologien und Start-ups. Durch das Abfedern von Risiken können mehr deutsche Unternehmen motiviert werden, in neue Märkte zu investieren. Die Bundesregierung sollte sich für eine intensivere Nutzung solcher Instrumente einsetzen und mit gutem Beispiel vorangehen. Dies gelingt umso besser, je mehr die Partnerländer eine investitionsfördernde Kultur schaffen und *Good-Governance-Standards* einhalten. Denn mangelnde Rechtssicherheit und politische Instabilität sind ernste Investitionshindernisse. Hier kann Deutschland partnerschaftlich mit Beratung zur Seite stehen.

6 — Neues Mindset fördern

Unternehmen und Verantwortliche der deutschen Bundesregierung müssen die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit den Ländern des Globalen Südens (noch) stärker erkennen. Es braucht dringend eine Veränderung der Einstellung und Haltung. Überholte Bilder, gegenüber dem afrikanischen Kontinent, Asien und Lateinamerika, müssen v. a. bei der nächsten Generation von Manager:innen abgelegt werden. Mehr Kontakt, Austausch, Begegnung, Mut, Wissen und Weiterbildung, sowohl auf Managementebene in Unternehmen als auch in der Politik und an den Hochschulen, sind gefordert. Erreichen kann man dies z. B. durch Partnerschaften mit Universitäten aus Ländern des Globalen Südens, um das wirtschaftliche Potenzial von Ländern in den Regionen sichtbar zu machen und um deren Bedeutung angesichts der globalen Verschiebungen noch deutlicher zu machen.

IV — ARBEITSMIGRATION

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Menschen verlassen seit jeher – und werden es auch künftig tun – aus den unterschiedlichsten Gründen ihre Heimat und siedeln sich in anderen Ländern an. Ein globales Phänomen, das nicht nur in Deutschland oder Europa stattfindet, auch wenn öffentliche Debatten dies manchmal suggerieren. Wichtig ist die Unterscheidung zwischen Arbeitsmigration und Flucht: Arbeitsmigrant:innen entscheiden sich meist aus ökonomischen oder sozialen Gründen, ihr Herkunftsland zu verlassen, Flüchtlinge hingegen suchen Schutz vor Krieg, politischer Verfolgung und zunehmend auch vor den Folgen von Naturkatastrophen wie Dürren, Zyklonen oder Überschwemmungen.

Schon immer haben aufnehmende Volkswirtschaften von Arbeitsmigration profitiert. So bieten sich Deutschland, als vom demographischen Wandel besonders betroffenes Land, durch Arbeitsmigration große Chancen, um Wohlstand zu sichern und soziale Sicherungssysteme, wie etwa das der Rente, auch in Zukunft intakt zu halten. Derzeit signalisieren Arbeitgeber:innen in Deutschland in nahezu allen Branchen, dass die Besetzung offener Stellen immer schwerer fällt. Nach Berechnungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales werden allein zwischen 2023 und 2028 mehr als vier Millionen zusätzliche Arbeitskräfte in Deutschland gesucht.⁸ Ende 2024 waren 1,4 Millionen Stellen unbesetzt.⁹ Das gilt vor allem für das Gesundheitswesen, IT und Technologie, das Handwerk sowie die Bildungsberufe. Um das Potenzial von Fachkräften aus dem Ausland optimal zu nutzen, gilt es Nachfrage und Bedarf, Anforderungen und Kompetenzen sinnvoll zusammenzuführen und bürokratische Hindernisse aus dem Weg zu räumen.



Afrika hat einen Überschuss an Talenten und Europa hat ein Defizit. Es ist ganz einfach. Bei einer Zusammenarbeit gewinnen also beide Seiten.

Fred Swaniker, Gründer, African Leadership Group

Arbeitsmigrant:innen anzuwerben, korrespondiert mit dem Interesse vieler Länder im Globalen Süden, Arbeitsmöglichkeiten für ihre oftmals sehr junge Bevölkerung zu schaffen. Allein in Afrika drängen jährlich rund 15 Millionen erwerbsfähige Menschen auf den Arbeitsmarkt, neue Jobs gibt es hingegen nur für etwa drei Millionen.¹⁰ Dieser Mangel an Möglichkeiten stellt die Länder vor große Herausforderungen, andererseits bietet er Potenzial für neue Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und dem Globalen Süden.

Hinzu kommt, dass Migrant:innen im Ausland häufig einen Teil ihrer Einkommen an ihre Familien zurück transferieren. Inzwischen fallen diese internationalen Geldüberweisungen höher aus als die offiziellen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit. Die Rücküberweisungen bilden im Globalen Süden einen wichtigen Wirtschaftsfaktor. Ebenso profitieren die Herkunftsländer vom Wissen und den geschäftlichen Verbindungen, die Migrant:innen in ihre Heimat zurückbringen. Sie sorgen dort für mehr wirtschaftliches Wachstum durch den Aufbau neuer Geschäftsfelder. Um die Chancen in den Herkunftsländern weiter zu erhöhen, sollte u. a. in den Ausbau von Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten vor Ort investiert werden. Durch eine entsprechende Skalierung kann sowohl dem Bedarf von Herkunftsländern als auch von Zielländern Rechnung getragen werden.

Überhaupt gilt es, Kooperationen im Sinne von *Triple-Win-Partnerschaften* anzustreben, die Vorteile für alle Beteiligten bringen: für das Zielland, das Herkunftsland und das Individuum. Das funktioniert, wenn es dafür eine verbindliche und koordinierte Strategie der Bundesregierung gibt, die die verschiedenen Wege nach Deutschland klar definiert und trennt. Dann lässt sich Arbeitsmigration zielgerichtet und bedarfsgerecht steuern.



Migration in Deutschland ist in großen Teilen eine Erfolgsgeschichte. Ich habe selber Migrationshintergrund. Wir haben diese Menschen noch viel zu wenig in der Politik. Wir haben diese Menschen noch viel zu wenig in all dem, was man medial so überträgt. Und damit gewöhnen sich die Leute auch nicht dran, dass diese Menschen zu Deutschland gehören.

Prof. Dr. Carlo Masala, Professor für internationale Politik, Universität der Bundeswehr München

Deswegen empfehlen wir:

1 — Arbeitsmigration fördern

Um den (temporären) Zuzug von Arbeits- und Fachkräften zu erleichtern, braucht es eine Trennung der verschiedenen Wege – Asyl und Arbeitsmigration – nach Deutschland und klare Regelungen, u. a. durch Entbürokratisierung und die Schaffung einer positiven, serviceorientierten Verwaltungskultur, in den Auslandsvertretungen wie im Inland. Bislang steht Deutschland nicht an oberster Stelle der Wunschländer für Arbeitskräfte aus dem Ausland. Damit sich das ändert, müssen die verschiedenen Schritte durchdacht und aufeinander abgestimmt sein. Zudem geht der Anteil irregulärer Migration zurück, sobald sich mehr geregelte legale Wege für Arbeitsmigration öffnen. Migrationsabkommen mit interessierten Ländern stellen in dem Zusammenhang ein wichtiges Steuerungsinstrument dar.

2 — Arbeitsmigration besser kommunizieren

Gibt es klare Wege für an Arbeit Interessierte, sollte dies auch kommunikativ von Flucht und Asyl getrennt werden. Das Narrativ der irregulären, unkontrollierbaren Migration ist irreführend, weil sich Arbeitsmigration je nach Nachfrage des inländischen Arbeitsmarktes flexibel steuern lässt. Der Bund sollte über Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung sicherstellen, dass die Notwendigkeit, der Nutzen und die flexible Handhabbarkeit von Arbeitsmigration erkannt werden. Damit lässt sich auch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entgegenwirken.

3 — Bedarf strategisch erfassen und Nachfragemanagement etablieren

Für eine gesteuerte Arbeitsmigration braucht es – in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft – eine Erfassung des jeweiligen Bedarfs sowie klare Zielvorgaben und eine übergeordnete Strategie, die einem ganzheitlichen Ansatz folgt. Das bedeutet, Menschen beispielsweise schon in Schule und Ausbildung durch Vermittlung der deutschen Sprache und Kultur eine Perspektive für den Eintritt in den deutschen Arbeitsmarkt aufzuzeigen. Strategische Partnerschaften können zunächst mit einer Auswahl an Ländern eingegangen und über die konkrete Nachfrage des inländischen Arbeitsmarktes gesteuert werden.

4 — Nationale Einwanderungsagentur schaffen

Um Arbeitsmigration zu erleichtern, braucht es eine *Fast-Track-Regelung* mit schnellen Einreisemöglichkeiten und einer zentralen, auf Bundesebene angesiedelten, Migrationsagentur. Hier könnten bereits existierende Zuständigkeiten gebündelt und einfache Zugangsstrukturen geschaffen werden mit zentraler digitaler Akte für behördenübergreifenden Zugriff. Die Agentur wäre auch zuständig für Aufenthaltstitel und Visa und sollte zeitnah aufgebaut werden – ohne zusätzliche bürokratische Hürden zu errichten.

5 — Berufserfahrungen anerkennen

Ein Hindernis für die rasche Aufnahme von Fachkräften stellt die Anerkennung von Zeugnissen und Abschlüssen dar. Ziel muss es sein, erworbene Berufserfahrung unbürokratisch anzuerkennen. Hier sollte es zu einer weiteren Liberalisierung und vor allem Digitalisierung kommen. Das Kriterium der „ortsüblichen Entgelte“ der Bundesagentur für Arbeit (BA), das ausländische Arbeitnehmende vor Lohndumping schützen soll, muss auf Praktikabilität überprüft werden, da es sonst für kleine und neue Unternehmen zur Hürde werden könnte.

6 — Sprach- und Kulturförderung stärken

Damit sich Fachkräfte in Deutschland zurechtfinden und für Betriebe ein Gewinn sind, sollte die Sprachförderung im In- und Ausland ausgebaut werden. Dafür braucht es noch gezieltere Kurse, die die Lebenswirklichkeiten von ausländischen Fachkräften in Deutschland abbilden. Die öffentliche Hand sollte mehr in solche (digitalen) Bildungsmodule investieren, bei staatlichen Einrichtungen wie dem Goethe-Institut, aber auch bei privaten Anbietern. Um jungen Menschen aus dem Ausland frühzeitig die Möglichkeit zu bieten, die Kultur, Sprache und Arbeitswelt Deutschlands nahe zu bringen, könnte zusätzlich die Etablierung eines *Work-Travel-Learn-Programms*, wie z. B. in Australien und Kanada, in Erwägung gezogen werden.

7 — Talentfonds aufbauen

Der Bund sollte einen Talentfonds ins Leben rufen, um (hoch-)qualifizierte Arbeitskräfte anzuwerben. Dieser fokussiert sich als strategisches Instrument zur aktiven Gewinnung und Bindung internationaler Fachkräfte gezielt auf die Anwerbung, Entwicklung und Integration von Talenten in Wachstumsbranchen. Der Fonds greift dabei auf ein Ökosystem privater und zivilgesellschaftlicher Akteure zu, die für ihre Dienstleistungen entlang der gesamten Prozesskette – Identifikation, Weiterbildung, Relokation, Job-Matching und Integration – bezahlt werden. Die Entlohnung erfolgt ausschließlich erfolgsbasiert – nach erfolgreicher Einwanderung und Arbeitsaufnahme. Zur Vermeidung von Preisverzerrungen, sollte sich die BA auf inländische Vermittlungen konzentrieren. Das kostet Geld, aber die Investitionen zahlen sich aus: Die Anwerbekosten werden innerhalb weniger Monate durch einen positiven Netto-Fiskalertrag^d gedeckt. Damit könnte nicht nur dem Fachkräftemangel gezielt und strategisch entgegengewirkt werden, es entstünde auch ein neuer Markt. Außerdem wäre so ein Fonds ein starkes positives Signal an die Länder des Globalen Südens.

8 — Mobilitätsfonds gründen

Um EZ und wirtschaftliche Zusammenarbeit effizienter zu machen, sollte die Bundesregierung einen Arbeits-Mobilitätsfonds gründen. Der Fonds sollte zwei Teile umfassen: eine *Working Capital Facility*, um Projekten und jungen Firmen im Bereich Arbeitsmigration finanzielle Starthilfe zu geben, und eine *Guarantee Facility*, die Investoren durch Risikoteilung anzieht. Ziel ist es, Unternehmen wie Sprachschulen oder faire Rekrutierungsfirmen zu stärken, damit sie unabhängig von öffentlichen Zuschüssen werden.

V — INTERNATIONALE FINANZEN

Die Länder des Globalen Südens wurden letzthin von diversen externen Schocks getroffen, die ihre Volkswirtschaften stark herausgefordert haben: Die Pandemie zog bei vielen von ihnen eine massive Wirtschafts- und Finanzkrise nach sich. Diese Krise verschärfte sich noch durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine, in dessen Folge sich Lebensmittel, Dünger und Energie weiter verknäpften und Preise stiegen, bei gleichzeitig weltweit spürbarer Inflation. Überdies trifft der Klimawandel den Globalen Süden besonders stark und verursacht hier zunehmend Schäden, zu deren Bewältigung enorme finanzielle Ressourcen vonnöten, aber nicht vorhanden sind. Hinzu kommen die Auswirkungen einer heftigen Schuldenkrise, von der arme Länder überproportional stark betroffen sind: Mehr als die Hälfte aller afrikanischen Staaten sind beispielsweise so hoch verschuldet, dass sie dringend erforderliche Investitionen für die Erreichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen oder der Agenda 2063 der Afrikanischen Union nicht leisten können.¹¹



Mittlerweile hat die Verschuldungssituation ein solches Ausmaß erreicht, dass sie den finanziellen Spielraum für Ausgaben in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Infrastruktur und anderen kritischen Bereichen auf nationaler Ebene stark einschränkt.

Claver Gatete, Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika

Ein Grund dafür ist, dass sie Kredite nur zu deutlich ungünstigeren Konditionen erhalten als Länder des Globalen Nordens, u. a. aufgrund der unvorteilhaften Einstufung durch Ratingagenturen. Die Schuldentilgung limitiert den Gestaltungsraum von Regierungen, weil sie einen hohen Anteil – auf dem afrikanischen Kontinent sind das fast 19 Prozent¹² – der staatlichen Gesamteinnahmen eines Landes beansprucht. Dazu kommen Wechselkursrisiken, die die Kosten weiter in die Höhe treiben, weil Entwicklungsländer – im Gegensatz zu Industrieländern – keine Kreditangebote in ihrer eigenen Währung erhalten.

Aufgrund all dieser Faktoren kämpfen einkommensschwächere Länder nach einer Phase des Aufschwungs seit etwa fünf Jahren mit finanziellen Herausforderungen, die ihre wirtschaftliche Entwicklung stark beeinträchtigen. In dieser Lage sind handlungsfähige internationale Finanzinstitutionen besonders wichtig. Doch die *Bretton-Woods-Institutionen*, gegründet nach dem Zweiten Weltkrieg und zuständig für Währungs- und Finanzstabilität, befinden sich seit vielen Jahren in einer Strukturkrise: Ihr Aufbau bildet die globale Machverteilung Mitte des 20. Jahrhunderts ab. Im Zentrum stehen bisher die USA als dominante Supermacht und die europäischen Länder, die eine privilegierte Position einnehmen. Zwischen ihnen werden auch die Chefposten aufgeteilt: Die Weltbank wird von den USA geführt, der Internationale Währungsfonds (IWF) von Europa.

Im Gegensatz zu den Vereinten Nationen, wo zumindest in der Generalversammlung jedes Land eine gleichwertige Stimme hat, gilt in den *Bretton-Woods-Institutionen* das Prinzip der Finanzstärke: Je mehr ein Land davon hat, desto mehr Einfluss kann es ausüben. Die USA stehen dadurch mit 15 Prozent der Stimmrechte an erster Stelle und haben somit ein faktisches Vetorecht bei allen wichtigen Entscheidungen.¹³

Auf diese Weise ist ein Paradoxon im System entstanden, bei dem diejenigen Länder die Finanzinstitutionen kontrollieren, die kaum von den Programmen betroffen sind, wohingegen die Empfängerländer wenig Einfluss auf wichtige Entscheidungen haben. Dadurch können führende Wirtschaftsmächte Krisen mit Hilfe finanzieller Leistungen etwa des IWF bewältigen, wohingegen in einkommensschwachen Ländern jede Krise die wirtschaftliche Abwärtsspirale beschleunigt.

Somit besteht eine große Diskrepanz zwischen Entscheidungsmacht und Betroffenheit, was von den Ländern des Globalen Südens als ungerecht und stark reformbedürftig empfunden wird.



Es ist wichtig, dass Deutschland Entwicklungsbanken hilft, Investitionen des Privatsektors durch Garantien voranzutreiben und die Verringerung des Wechselkursrisikos zu unterstützen. Uns geht es darum, dass Entwicklungsbanken Deutschland für jeden investierten Euro den größten Nutzen bringen, indem sie ihn in bis zu sieben US-Dollar an bezahlbaren, wirkungsvollen Krediten umwandeln.

Avinash Persaud, Sonderberater des Präsidenten der Interamerikanischen Entwicklungsbank

Vor diesem Hintergrund müssen sich die *Bretton-Woods-Institutionen* dringend den globalen Entwicklungen und sich verändernden Machtstrukturen anpassen, um in Zukunft relevant zu bleiben. Sie zu reformieren, liegt auch im Interesse Deutschlands. Denn um diversifizieren und in neue Weltregionen investieren zu können, ist Deutschland auf wirtschaftliches Wachstum und Stabilität in den Ländern des Globalen Südens angewiesen.

Durch ernsthafte Unterstützung bei den Reformanstrengungen bietet sich für Deutschland zudem die Möglichkeit, international und vor allem bei Partnern im Globalen Süden an Renommee und Glaubwürdigkeit zu gewinnen.

Deswegen empfehlen wir:

1 — Reform der Bretton-Woods Institutionen vorantreiben

Die Bundesregierung sollte sich klar zu den *Bretton-Woods Institutionen* bekennen und sich für die notwendige Weiterentwicklung der Weltbank und des IWF einsetzen. Diese müssen inklusiver werden und sich stärker den großen Menschheitsrisiken unserer Zeit widmen, wie dem Klimawandel oder dem Biodiversitätsverlust, die bei deren Gründung noch nicht die Priorität hatten, die sie heute verdienen. Erhalten Länder des Globalen Südens in diesen Institutionen in absehbarer Zeit nicht mehr Einfluss und Mitspracherechte, besteht die Gefahr, dass sich wichtige globale Akteure mittelfristig aus diesen Institutionen zurückziehen. Deshalb gilt es, inhaltliche Anpassungen sowie Reformen zur gerechteren Steuerung und Machtverteilung in den *Bretton-Woods Institutionen* voranzutreiben. Deutschland kann hier die Rolle des umsichtigen Maklers einnehmen.

2 — Entwicklungsbanken finanziell ausbauen

Entwicklungsbanken sind ein besonders guter Hebel, um knapper werdende Mittel haushaltsschonend und wirksam für die internationale Zusammenarbeit einzusetzen. Sie können jeden Euro aus staatlichen Quellen mit Mitteln von den internationalen Finanzmärkten vervielfältigen. Deshalb ist es wichtig, die Entwicklungsbanken finanziell besser auszustatten. Das gilt auch für die europäischen Entwicklungsbanken, über deren Arbeit sich zudem die eigenen Interessen artikulieren und verwirklichen lassen.

3 — Schulden restrukturieren

Viele Länder des Globalen Südens sind hoch verschuldet. In den kommenden Jahren drohen zunehmend Liquiditäts- und Solvenzkrise, insbesondere in einigen der einkommensschwächsten Länder. Ihre Schuldenprobleme können nicht mit immer neuen Schulden gelöst werden. Es braucht deshalb neue Initiativen zur Belebung des internationalen Rahmenwerks zur Schuldenrestrukturierung. Dieses ist aus Sicht vieler Schuldnerländer wenig attraktiv und wurde zu wenig in Anspruch genommen. Zudem gilt es, Beiträge neuer Gläubigerländer wie China konsequent einzufordern und auch private Gläubiger, die sich fairen Maßnahmen zur Entschuldung und Umschuldung bislang weitgehend entziehen, stärker an Schuldenrestrukturierungen zu beteiligen. Im Gegenzug müssen verschuldete Länder verantwortliche Wirtschaftspolitik betreiben und ihre Steuersysteme verbessern.

4 — Schädliche Subventionen abbauen

Fehlgeleitete Subventionen von Regierungen weltweit – z. B. in fossile Energien, Überfischung oder in ineffiziente Landwirtschaftspraktiken – setzen die falschen Anreize und verursachen gesamtwirtschaftlich mehr Schaden als Nutzen. Das gilt für die EU, deren größter Posten weiterhin die Landwirtschaft ist, es gilt aber auch für viele Länder des Globalen Südens. Deutschland sollte innerhalb der EU auf eine andere Subventionspolitik drängen und internationale Initiativen zur Umwidmung nicht-nachhaltiger Subventionen bei Energie, Landwirtschaft und Fischerei in nachhaltige Bereiche fördern. Es geht dabei nicht unbedingt um weniger Subventionen, aber um zielgerichtetere. Diese sollten auf die Bedürfnisse vom Wandel betroffener Menschen und auf nachhaltiges Wirtschaftswachstum – sowohl in Europa als auch in Ländern des Globalen Südens – ausgerichtet sein. Eine Transformation zu nachhaltigem Wirtschaften kann nur gelingen, wenn für negativ betroffene Menschen sozialer Ausgleich geschaffen wird. Einkommenstransfers und soziale Sicherungsmaßnahmen sind dabei oft unverzichtbar.

VI — KLIMAPOLITIK UND -FINANZIERUNG

Klimaschäden verursachen schon heute gewaltige Kosten auf allen Kontinenten. Steigen die Emissionen weiter, werden sich diese Schäden vervielfachen. Schon bis zur Mitte des Jahrhunderts könnte der Klimawandel – verglichen mit einem Szenario ohne Klimaschäden – im Schnitt 19 Prozent globale Einkommensverluste¹⁴ verursachen. Diese Schäden sind weitgehend vorgezeichnet. Sie resultieren aus historischen Emissionen, deren Schadenswirkung sich bereits entfaltet, und aus Pfadabhängigkeiten im Energiesystem, die ein sofortiges Ende fossiler Energien unplausibel erscheinen lassen. Selbst eine ambitionierte Klimapolitik kann die zur Mitte des Jahrhunderts erwarteten Schäden daher nicht mehr abwenden. Anpassungsmaßnahmen werden unvermeidbar sein, um zumindest einen Teil der

Schadenswirkung abzumildern. Allein die bis zur Mitte des Jahrhunderts erwarteten Verluste – 38 Billionen US-Dollar – übersteigen die Kosten für Maßnahmen zur Begrenzung der Erderwärmung auf 2° C um ein Sechsfaches.¹⁵ Ohne Kurswechsel droht in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts eine deutliche Verschärfung: Im globalen Durchschnitt könnten die Einkommensverluste Ende des Jahrhunderts rund 60 Prozent betragen.¹⁶ Eine ambitionierte Klimapolitik kann jedoch eine weitere Eskalation der Schäden nach 2050 abwenden.¹⁷



Es war ein tragischer Fehler, den Klimawandel als Umweltproblem einzustufen und ihn isoliert zu betrachten. Dabei ist – wie sich heute überdeutlich zeigt – der Klimawandel ein Querschnittsthema. Es betrifft unser Wirtschaftssystem, unser Ernährungssystem, unser Verkehrssystem und unser Energiesystem.

Dr. Kumi Naidoo, Präsident, Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty, ehem. Exekutivdirektor, Greenpeace International und ehem. Generalsekretär, Amnesty International

Zwar sind nahezu alle Länder der Welt durch den Klimawandel von massiven wirtschaftlichen Verlusten betroffen. In vielen Ländern des Globalen Südens sind die Klimaschäden jedoch besonders eklatant. Auf dem afrikanischen Kontinent, v.a. in der Sahel-Zone, auf der arabischen Halbinsel, in Indien und Pakistan, in äquatornahen Regionen Südamerikas sowie in Teilen Südostasiens, liegen die Klimaschäden schon bis 2049 deutlich über dem globalen Durchschnitt.¹⁸

Viele Länder in diesen Regionen haben in der Vergangenheit verhältnismäßig wenig zum Klimawandel beigetragen. Gleichzeitig fehlen ihnen oft die finanziellen Ressourcen und der Zugang zu internationalen Kredit- und Kapitalmärkten, um sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen und so Schäden für die Bevölkerung und regionale Ökosysteme abzumildern. Die Länder, die am wenigsten für den Klimawandel verantwortlich sind, werden voraussichtlich Einkommensverluste erleiden, die 60 Prozent über denen von wohlhabenderen Ländern und 40 Prozent über denen von Ländern mit höheren Emissionen liegen.¹⁹

Doch in den letzten Jahren steigt auch in aufstrebenden Schwellenländern der Treibhausgasausstoß. Mittlerweile verursachen einkommensstärkere Länder des Globalen Südens einen erheblichen Teil der globalen Emissionen. Denn die wirtschaftliche Entwicklung der Schwellenländer geht zumeist mit einem wachsenden Energiebedarf, intensiver Bautätigkeit, zunehmendem Verkehr, dem Ausbau des Stromnetzes und damit steigenden Treibhausgasemissionen einher. Für die internationale Staatengemeinschaft wird es zur entscheidenden Aufgabe, diese Länder bei der Transformation zu unterstützen, damit sie die fossile Entwicklungsphase *leapfroggen* – also überspringen – oder sich zumindest schneller von ihr lösen können.

Die Balance zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und globalen Emissionsreduktionen wird dadurch erschwert, dass einige Länder des Globalen Südens wirtschaftlich stark vom Export fossiler Rohstoffe abhängen. Internationale Kooperation, Klimafinanzierung, die Förderung alternativer Wirtschaftszweige und gezielte Klimastrategien für die Zusammenarbeit mit Ländern des Globalen Südens sind aus all diesen Gründen zur Begrenzung der Erderwärmung unerlässlich.



Es ist kein technisches Problem. Es ist kein wissenschaftliches Problem. Wir haben alle notwendigen Technologien. Unser Problem ist die Finanzierung. Die Finanzierungsanforderungen für Entwicklung sind enorm.

Avinash Persaud, Sonderberater des Präsidenten der Interamerikanischen Entwicklungsbank

Deswegen empfehlen wir:

1 — Fossile Brennstoffe bepreisen

Globale Gemeinschaftsgüter müssen reguliert werden, andernfalls drohen verheerende Folgen einer Übernutzung. Fossile Brennstoffe über die beiden EU-Emissionshandelssysteme (ETS)^e zu bepreisen, ist von zentraler Bedeutung, denn diese senken die Nachfrage nach Öl, Kohle und Gas innerhalb der EU. Das mindert den Preis von fossilen Ressourcen auf den Weltmärkten und erhöht den Transformationsdruck in Exportländern. Zudem können so die Emissionen in der EU wirksam gesenkt werden. Eine kürzlich veröffentlichte Studie des Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) zeigt, dass Politikinstrumente, die bisher effektiv zu Emissionsreduktionen geführt haben, in der Regel Preisinstrumente enthielten.²⁰ Die Bundesregierung sollte sich daher innerhalb der EU dafür einsetzen, die ETS-Reduktionspfade beizubehalten und den Emissionshandel so auszubauen, dass damit alle Emissionen erfasst werden. Dafür ist es entscheidend, auf europäischer Ebene den zweiten Emissionshandel für den Gebäudesektor und den Straßenverkehr wie geplant einzuführen. Außerdem sollte ein separates System für die Bepreisung von Emissionen im Landsektor entwickelt werden.

2 — Internationale Kohlenstoffmärkte aufbauen

Die Bundesregierung sollte sich für den Aufbau von CO₂-Bepreisungsmechanismen auf allen Kontinenten einsetzen. CO₂-Preise können Entwicklungs- und Schwellenländer beim *Leapfrogging* einer von fossilen Brennstoffen getriebenen Entwicklung unterstützen oder ihnen zumindest dabei helfen, den fossilen Entwicklungspfad schneller zu verlassen. Entscheidend ist dabei, Verteilungs- und Wechselwirkungen mit anderen Entwicklungszielen der betreffenden Länder sowie mögliche wirtschaftliche oder institutionelle Einschränkungen zu berücksichtigen. Dabei erscheint es sinnvoll, solche Mechanismen graduell einzuführen und mit Kompensationsmechanismen wie gezielten Subventionen oder *Cash-Transfers* zu verbinden. Die CO₂-Bepreisung in Ländern des Globalen Südens kann in reziproken Klima-Partnerschaften verankert werden. Eine zentrale Bedeutung kommt hier auch dem europäischen *Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM)*^f zu, durch den ab 2026 beim Import CO₂-intensiver Grundstoffe in die EU eine Abgabe erhoben wird, wenn die Produkte aus einem Land ohne äquivalenten CO₂-Preis stammen. Damit schafft der CBAM Anreize für die Handelspartner der EU, selbst einen CO₂-Preis einzuführen. So bildet er die Grundlage für interregionale Klimakooperationen.

3 — Politikinstrumente an lokale Gegebenheiten anpassen

CO₂-Preis-Mechanismen sind wirksame Instrumente, um Emissionen effektiv zu senken und gleichzeitig Einnahmen zu generieren. Das ist besonders für Länder des Globalen Südens mit einem niedrigen oder mittleren Einkommensniveau interessant, denn die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung können für soziale Kompensationsprogramme verwendet, in öffentliche Güter wie das Gesundheitssystem, in erneuerbare Energien oder Energieeffizienz investiert werden. Über diese Einkommensquelle

könnten viele Länder des Globalen Südens einen beachtlichen Teil ihrer Entwicklungsziele (*Sustainable Development Goals, SDGs*) finanzieren und so auch die Abhängigkeit von internationalen Hilfgeldern mindern. Allerdings muss der jeweilige lokale Kontext berücksichtigt werden, weil die wirtschaftlichen, institutionellen und gesellschaftlichen Gegebenheiten die Wirkweise der CO₂-Bepreisung behindern können. Außerdem können andernfalls negative Folgen für die Bevölkerung und Konflikte mit anderen Entwicklungszielen entstehen. So kann beispielsweise ein höherer Preis für fossile Brennstoffe zu einem angepassten Kochverhalten – etwa zum Umstieg auf Feuerholz – führen, was gesundheitliche Risiken mit sich bringt. Mögliche Folgewirkungen müssen daher bei der Einführung von CO₂-Preis-Systemen in Ländern des Globalen Südens mitgedacht und zum Beispiel durch gezielte Transferleistungen ausgeglichen werden.

4 — Carbon Dioxide Removal (CDR) fördern

Die globale Erderwärmung wird die 1,5°C-Marke in den nächsten Jahren absehbar überschreiten. Deshalb ist es unabdingbar, der Atmosphäre CO₂ aktiv zu entnehmen und anschließend zu speichern. Dadurch lassen sich schwer vermeidbare Restemissionen mittel- bis langfristig ausgleichen und der *Emissions-Overshoot* abbauen. Deshalb sollte die Bundesregierung auch CDR-Maßnahmen im Globalen Süden fördern. Entscheidend ist es, dabei hohe ökologische und soziale Standards anzuwenden. Nur so lässt sich verhindern, dass CDR-Maßnahmen mit Zielen für nachhaltige Entwicklung wie der Ernährungssicherheit konkurrieren oder dass etwa durch Aufforstung in Monokulturen die Biodiversität fragiler Ökosystemen Schaden nimmt. Dafür braucht es ein robustes Zertifizierungssystem und solide *Monitoring, Reporting, and Verification (MRV)*-Strukturen, mit denen die Qualität und die Dauer von Entnahmen transparent und nachvollziehbar erfasst, dokumentiert und überprüft werden können.

5 — Verkauf von Entnahmezertifikaten vorantreiben

Für Länder des Globalen Südens bietet der Aufbau von CDR-Projekten und der internationale Verkauf der Entnahmen ein lukratives neues Wirtschaftskonzept. Viele Länder haben aufgrund geologischer Speicherkapazitäten und großem Potenzial für Solarenergie gute Voraussetzungen für den Einsatz von CDR. Auch die Exporteure fossiler Rohstoffe haben einen Anreiz, in CDR zu investieren. Handelbar wären Entnahmen über Emissionshandelssysteme, wenn ein neuer Typus an Zertifikaten – sogenannte *Clean-up-Zertifikate* – eingeführt würde. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, solche *Clean-up-Zertifikate* in den Emissionshandel zu integrieren und einen *Buyers Club* einzurichten. Dann könnten Staaten des Globalen Südens die von ihnen erzeugten Entnahmen international handeln. Das Rahmenwerk für einen solchen internationalen CDR-Handel kann der auf der COP29 beschlossene Artikel 6 des Pariser Klimaabkommens bieten. Entscheidend dabei ist jedoch die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards. Deshalb muss dringend diskutiert werden, wie Entnahmen für den Handel unter Artikel 6 zertifiziert werden können und welche qualitativen und quantitativen Restriktionen für eine Integration in den Emissionshandel notwendig wären.

6 — Steuerclubs für zusätzliche Finanzmittel einrichten

Bei der COP29 haben die Mitgliedstaaten ein Finanzierungsziel von 300 Milliarden US-Dollar bis 2035 beschlossen ohne festzuschreiben, aus welchen Quellen die Gelder stammen sollen. Um mehr Mittel für den Klimaschutz zu mobilisieren, sollte u. a. geprüft werden, wie die Besteuerung des internationalen Flugverkehrs ohne negative Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit möglich wäre.

Die Gründung von Steuerclubs, in denen sich Staaten zu bestimmten Steuersätzen für Flüge in Partnerländer oder Flüge aus Drittstaaten verpflichten, könnte ein gangbarer Weg sein. Auch Steuern auf den internationalen Schiffsverkehr kämen hier in Frage. Wenngleich zusätzliche Steuern in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten unpopulär erscheinen, ließe sich mit diesem Modell potenziell ein erheblicher Teil der globalen Emissionen aus der Verbrennung von fossilen Brennstoffen mindern. Außerdem würden auf verbindliche Weise Finanzmittel generiert, die über einen internationalen Klimafonds für CO₂-Bepreisungsmechanismen in den Globalen Süden fließen könnten. Ein Teil der Mittel könnte auch dazu verwendet werden, weitere globale öffentliche Güter wie den Schutz der Biodiversität oder die Vermeidung von Pandemien zu finanzieren. Deutschland sollte sich für solche Steuerclubs stark machen.

Der Blick nach vorn: Die Krise produktiv nutzen

Schon Max Frisch wusste: „Krise kann ein produktiver Zustand sein. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.“ Genau darin besteht jetzt die Aufgabe Deutschlands. Die Krise, die wir im internationalen System derzeit erleben, ist ohne Frage real, gefährlich, disruptiv und natürlich auch sehr beunruhigend. Aber sie darf nicht in die Katastrophe führen. Deshalb ist es umso wichtiger, sie produktiv zu nutzen, Chancen zu erkennen, dabei beherzt und kühn, aber auch wachsam und umsichtig zu handeln. Es geht darum, Deutschlands Rolle in der Welt neu zu kalibrieren, zugleich die eigenen Interessen klar zu benennen, ohne in Nationalismus oder Egoismus zu verfallen.

Deutschland als große Volkswirtschaft im Zentrum Europas kann es sich nicht leisten, angesichts der aktuellen Lage in Schockstarre zu verfallen, die neuen geopolitischen Realitäten zu ignorieren und zu hoffen, dass sich die Dinge schon irgendwie zum Guten wenden werden. Das Gegenteil ist richtig, der Handlungsdruck enorm: Im Osten sitzt ein brutaler Autokrat, im Westen ein erraticischer Präsident. Dazu Krisen und Konflikte, zum Teil in unmittelbarer Nachbarschaft, von der Ukraine bis zum Nahen Osten, von Mali bis Myanmar und globale Herausforderungen vom Klimawandel über Wasserverlust und Artensterben bis hin zum Kampf um Rohstoffe. Europa befindet sich in einer ungunstigen Umklammerung bei gleichzeitigem Risiko des Bedeutungsverlustes, aus der es nur gemeinsam und durch Stärke herausfinden kann.

Bei ihrer Gründung galt die Europäische Gemeinschaft als Friedensprojekt. Heute ist die Europäische Union mehr denn je eine Schicksalsgemeinschaft in einer turbulenten Welt, die ohne festen Zusammenhalt und innere Kraft die vielen Herausforderungen nicht bewältigen können wird. Darin steckt eine große Chance, aber auch eine gewaltige Verpflichtung, gerade für Deutschland, als größtes EU-Mitgliedsland, das in dieser historischen Lage eine staatspolitische Aufgabe hat: Es muss, geografisch im Herzen Europas gelegen, wieder die Schlagzahl erhöhen und zusammen mit seinen engsten europäischen Partnern einen nächsten Vereinigungsschub auslösen. Nur so kann die EU auf Dauer in Frieden leben, ihren Wohlstand sichern und einen angemessenen Platz in der Welt einnehmen.

Dazu gehört auch zwingend, die internationale Politik neu auszurichten, über die Grenzen der EU hinweg neue Verbundenheit aufzubauen und tragfähige Partnerschaften jenseits bisheriger Allianzen zu formen. Diese Neuausrichtung – gerade der Beziehungen zu den Ländern des Globalen Südens – ist essenziell. Sie muss von der neuen Bundesregierung rasch in Angriff genommen werden, bilateral und im Rahmen der EU, und einem Paradigmenwechsel folgen. Damit das gelingt, braucht es mehr Kohärenz in der Bundesregierung beim Thema internationale Zusammenarbeit sowie einen effizienteren Mitteleinsatz.

Um die Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens strategischer anzulegen, mit Leben zu füllen und internationale Aktivitäten aufeinander abzustimmen, ist auf Bundesebene noch mehr Koordinierung nötig. Dafür bedarf es der Etablierung einer pragmatischen Cluster-Logik, die ressortübergreifend wirkt und Säulendenken überwindet. Notwendig ist ein Prozess, der konsequent von der Spitze her die nationalen Interessen definiert und zu kohärenten strategischen Festlegungen und davon abgeleiteten Arbeitsaufträgen kommt. Hierzu empfiehlt sich eine umfassende Stärkung und Weiterentwicklung des im Bundeskanzleramt angesiedelten

Bundessicherheitsrates. Zudem sollte ein Nationaler Sicherheitsrat eingerichtet werden, der geopolitische Analyse, Szenarienentwicklung, Planungsaufgaben sowie Politikkohärenz der Ressorts mit internationalen Kontakten bündeln könnte.

Letztlich lautet das Ziel, Deutschland strategisch und organisatorisch klug international aufzustellen. Der Koalitionsvertrag enthält bereits einige der Empfehlungen der Kommission aus ihrem Kurzbericht, wie die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrats, einer zentralen Anlaufstelle für Migration oder der Verbleib des BMZ als eigenständiges Ministerium. Das begrüßt die Kommission ausdrücklich. Jetzt kommt es darauf an, den angekündigten Wandel rasch zu vollziehen und die Pläne zügig umzusetzen. Der Paradigmenwechsel in der internationalen Zusammenarbeit muss dabei als inhärenter Teil des in Aussicht gestellten Aufbruchs und der generellen Staatsmodernisierung einer neuen Bundesregierung gelten. Zentral sind dabei selbstverständlich die einzelnen Maßnahmen zur stringenten Implementierung, noch wichtiger aber ist die generelle Haltung der Verantwortlichen: ihr Bewusstsein, dass hier essenzielle Weichenstellungen anstehen, die Deutschland und Europa auf Jahrzehnte hinaus prägen werden.

Die Vorschläge der Kommission verstehen sich als Beitrag zu diesem notwendigen Bewusstseinswandel. Sie sind sicher nicht allumfassend, sondern als Teil einer gesellschaftlichen Debatte über die künftige Rolle Deutschlands in der Welt gedacht, die hoffentlich weiter Fahrt aufnimmt. Denn es geht um nicht weniger, als Deutschland inmitten großer Verschiebungen zukunftsfähig zu machen – politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich – und damit der jetzigen Krise das Katastrophische zu nehmen.

Expert:innen

Für die Erarbeitung der Empfehlungen haben *Global Perspectives* und die Kommissionsmitglieder mit zahlreichen Expert:innen aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Europa gesprochen. Unser Dank für den wertvollen Austausch gilt:

Elhadj As Sy

Kofi Annan Foundation

Prof. Dr. Tobias Bunde

Münch. Sicherheitskonferenz

Nathalie Delapalme

Mo Ibrahim Foundation

Nisreen Elsaim

UN Youth Advisory Group on Climate Change

Jay Fernando

Labor Mobility Partnerships

Dr. Johann Harnoss

Boston Consulting Group

Dr. Holger Kolb

Sachverständigenrat für Integration und Migration

Prof. Carlos Lopes

University of Cape Town

Dr. Peter Maurer

ehem. Internationales Komitee vom Roten Kreuz

Murithi Mutiga

International Crisis Group

Filipe Nasser

Außenministerium Brasilien

Avinash Persaud

Inter-American Development Bank

Dr. Daouda Sembene

AfriCatalyst

Fred Swaniker

African Leadership Academy & Sand Technologies

Vanessa Wannicke

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Sophia Wolpers

Labor Mobility Partnerships

Anna Bjerde

Weltbankgruppe

Dr. Kevin Casas-Zamora

International IDEA

Alice de Moraes Amorim Vogas

Institute Climate and Society

Prof. Dr. Florian Englmaier

Ludwig-Maximilians-Universität München

Dr. Martin Frick

World Food Programme

Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge

German Institute of Development and Sustainability

Dr. Acha Leke

McKinsey & Company

Mark Malloch-Brown

ehem. Vereinte Nationen & Open Society Foundations

Prof. Dr. Dirk Messner

Umweltbundesamt

Dr. James Mwangi

Equity Group Holdings

Prof. Dr. Peter Neumann

King's College London

Dirk Reinermann

Weltbankgruppe

Dr. Vera Songwe

Liquidity and Sustainability Facility & Brookings Institution

Eden Tadesse

Invicta

Bruno Wenn

ehem. DEG und KfW Bankengruppe

Prof. Dr. Syed Akbar Zaidi

Institute of Business Administration

Matthias Buck

ehem. Agora Energiewende

Sabine Dall'Omo

Siemens (Sub-Sahara Afrika)

Dr. Sophie Eisentraut

Münch. Sicherheitskonferenz

Martin Ewald

ehem. Allianz Global Investors

Claver Gatete

Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika

Amadou Hott

ehem. Wirtschaftsminister des Senegals

Dr. Thomas Liebig

OECD

Prof. Dr. Carlo Masala

Universität der Bundeswehr München

Christoph Mohr

Goethe-Institut

Dr. Kumi Naidoo

ehem. Greenpeace

Andrea Ordóñez Llanos

Southern Voice

Prof. Dr. Moritz Schularick

Kiel Institut für Weltwirtschaft

Teddy Soobramanien

Comesa Business Council

Ambika Vishwanath

Kubernein Initiative

Dr. Michael Werz

Münch. Sicherheitskonferenz

Kommissionsmitglieder



Annegret Kramp-Karrenbauer
Bundesministerin der
Verteidigung a.D.



Prof. Dr. Ottmar Edenhofer
Direktor und Chefökonom des
Potsdam-Instituts für
Klimafolgenforschung (PIK)



Joschka Fischer
Bundesminister des
Auswärtigen a.D.



Maria-Yassin Jah
Leiterin des Transition
Finance Advisory Bereichs
bei SLR Consulting



Silvana Koch-Mehrin
Präsidentin und Gründerin
von Women Political
Leaders (WPL)



Michael Krake
Exekutivdirektor der
Weltbankgruppe für
Deutschland



Janina Kugel
Aufsichtsrätin und
Senior Advisor



Prof. Dr. Christine Langenfeld
Richterin des Zweiten Senats,
Bundesverfassungsgericht und
Professorin für Öffentliches Recht
an der Universität Göttingen



Walter Lindner
Staatssekretär a.D. im
Auswärtigen Amt, Botschafter
a.D. der Bundesrepublik
Deutschland in Indien



Dr. Stefan Mair
Geschäftsführender
Vorsitzender der Stiftung
Wissenschaft und
Politik (SWP)

Sachregister

a **Agenda 2030**

Mit der Agenda 2030 haben sich die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen auf die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) verständigt und diese im September 2015 verabschiedet. Sie richten sich an verschiedene Akteure: Staaten, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Bürger:innen im Allgemeinen.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, <https://www.bmz.de/de/agenda-2030> [abgerufen am 09.05.2025]

b **Passarelle-Klauseln**

Passarelle-Klauseln („BrückenklauseIn“) bezeichnen ein vereinfachtes Verfahren zur Änderung der europäischen Verträge, um Entscheidungen in bestimmten Bereichen vom Prinzip der Einstimmigkeit in Mehrheitsentscheidungen zu überführen.

Quelle: Europäische Union, <https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/glossary/passarelle-clauses.html> [abgerufen am 09.05.2025]

c **Venture Capital und Beteiligungskapital**

Venture Capital (VC) bedeutet Wagniskapital und ist eine spezifische Form von Beteiligungskapital, bei dem Investoren in junge, innovative, risikobehaftete, nicht börsennotierte Start-ups investieren, die dennoch ein hohes Wachstums- und Marktpotenzial aufweisen. Die kapitalnehmende Firma muss die Investition nicht zurückzahlen. Dadurch tragen Investoren das Risiko, bei ausbleibendem Erfolg Kapital zu verlieren. Gleichzeitig erhalten sie Unternehmensanteile, die Renditen abwerfen können.

Quelle: Gabler Wirtschaftslexikon, <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/venture-capital-49706> [abgerufen am 09.05.2025]

d **Netto-Fiskalertrag**

Der Begriff Netto-Fiskalertrag bezeichnet den tatsächlichen finanziellen Überschuss, den ein Staat oder eine Verwaltungseinheit aus seinen steuerlichen und sonstigen fiskalischen Einnahmequellen erzielt. Er ergibt sich aus der Differenz zwischen den gesamten fiskalischen Einnahmen (Einkommenssteuer, Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, etc.) und den damit verbundenen öffentlichen Ausgaben (Sozialleistungen, Kindergeld, etc.).

e **EU-Emissionshandelssystem (ETS)**

Das EU-Emissionshandelssystem (EU-ETS) ist ein marktwirtschaftliches Instrument, das dazu dient, die Treibhausgasemissionen in der EU zu reduzieren. Es funktioniert nach folgendem Prinzip: Die EU legt eine Obergrenze (Cap) für die Gesamtmenge der ausgestoßenen Treibhausgase fest und verteilt oder verkauft Zertifikate, die die Berechtigung zum Ausstoß einer bestimmten Menge CO₂ oder anderer Treibhausgase darstellen. Betriebe, die im EU-ETS erfasst sind, müssen für jede Tonne ausgestoßener Treibhausgase ein Zertifikat vorweisen.

Quelle: Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) im Umweltbundesamt, https://www.dehst.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/factsheets/factsheet_Emissionshandel-Europa.pdf?__blob=publicationFile&v=3 [abgerufen am 09.05.2025]

f **Carbon Border Adjustment Mechanism**

Der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) ist ein von der Europäischen Union eingeführtes Instrument, welches darauf ausgerichtet ist, importierte Waren hinsichtlich ihrer Treibhausgasemissionen an die klimapolitischen Standards der EU anzugleichen. Dieser Mechanismus soll gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen und verhindern, dass Emissionen lediglich ins Ausland verlagert werden (*Carbon Leakage*).

Quelle: Europäische Kommission, https://taxation-customs.ec.europa.eu/carbon-border-adjustment-mechanism_en [abgerufen am 09.05.2025]

Quellenangaben

- 1 **Statista (2025): Die zehn größten Geberländer von öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA) im Jahr 2024**, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/12294/umfrage/ranking-der-groessten-geber-von-entwicklungshilfe/> [abgerufen am 09.05.2025]
- 2 **Sasipornkarn, Emmy (2025): USAID cuts could prompt over 500,000 HIV deaths**, Deutsche Welle, <https://www.dw.com/en/south-africa-usaid-cuts-could-prompt-over-500000-hiv-deaths/a-71777420> [abgerufen am 09.05.2025]
- 3 **DeStatis (ohne Jahr): Außenhandel**, https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/_inhalt.html [abgerufen am 09.05.2025]
- 4 **Tatsachen über Deutschland (ohne Jahr): Exportnation Deutschland. Deutschland ist mit der Weltwirtschaft stark verflochten**, <https://www.tatsachen-ueber-deutschland.de/de/globaler-handelspartner/exportnation-deutschland#:~:text=Jeder%20zweite%20Euro%20wird%20mit%20dem%20Export%20verdient.,USA%20regelm%C3%A4%C3%9Fig%20zu%20den%20drei%20gr%C3%B6%C3%9Ften%20Exportnationen%20weltweit> [abgerufen am 09.05.2025]
- 5 **Kirchner, Sandra (2018): IEA-Prognose: Energiebedarf wächst weltweit**, Klimareporter, <https://www.klimareporter.de/international/iea-prognose-energiebedarf-waechst-weltweit> [abgerufen am 09.05.2025]
- 6 **International Energy Agency (IEA) (2024): Increasing energy investment in Africa is vital for the continent's sustainable economic growth**, <https://www.iea.org/news/increasing-energy-investment-in-africa-is-vital-for-the-continents-sustainable-economic-growth> [abgerufen am 09.05.2025]
- 7 **WIPO World Intellectual Property Organization (2024): Global Innovation Index 2024 at a glance**, <https://www.wipo.int/web-publications/global-innovation-index-2024/en/gii-2024-at-a-glance.html> [abgerufen am 09.05.2025]
- 8 **Zika, Gerd; Kalinowski, Michael et al. (2024): Forschungsbericht 647 — Fachkräftemonitoring für das BMAS — Mittelfristprognose bis 2028**, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb-647-fachkraeftemonitoring-bmas-mittelfristprognose-bis-2028.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [abgerufen am 09.05.2025]
- 9 **Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) (ohne Jahr): IAB-Stellenerhebung. Aktuelle Ergebnisse**, <https://iab.de/das-iab/befragungen/iab-stellenerhebung/aktuelle-ergebnisse/> [abgerufen am 09.05.2025]
- 10 **The Economist (2025): Emigration from Africa will change the world**, <https://www.economist.com/briefing/2025/04/24/emigration-from-africa-will-change-the-world> [abgerufen am 09.05.2025]
- 11 **Mo Ibrahim Foundation (2024): 2024 Ibrahim Forum Report. Financing Africa: Where is the money? Key findings**, <https://mo.ibrahim.foundation/sites/default/files/2024-06/2024-forum-report-key-findings.pdf> [abgerufen am 09.05.2025]

- 12 **Mo Ibrahim Foundation (2024): 2024 Ibrahim Forum Report. Financing Africa: Where is the money? Key findings**, <https://mo.ibrahim.foundation/sites/default/files/2024-06/2024-forum-report-key-findings.pdf> [abgerufen am 09.05.2025]

- 13 **Ellmers, Bodo (2024). Debatte: Die Reform der internationalen Finanzarchitektur: Was bringt der UN-Zukunftsgipfel?**, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V., <https://dgvn.de/meldung/debatte-die-reform-der-internationalen-finanzarchitektur-was-bringt-der-un-zukunftsgipfel#:~:text=Ungleichheiten%20durchziehen%20die%20Bretton%2DWoods%2DInstitutionen&text=Im%20Ergebnis%20halten%20alleine%20die,Zusammensetzung%20des%20Vorstands%20ist%20ungleich> [abgerufen am 09.05.2025]

- 14 **Kotz, Maximilian; Levermann, Anders; Wenz, Leonie (2024): The economic commitment of climate change**, Nature, <https://www.nature.com/articles/s41586-024-07219-0> [abgerufen am 09.05.2025]

- 15 **Kotz, Maximilian; Levermann, Anders; Wenz, Leonie (2024): The economic commitment of climate change**, Nature, <https://www.nature.com/articles/s41586-024-07219-0> [abgerufen am 09.05.2025]

- 16 **Kotz, Maximilian; Levermann, Anders; Wenz, Leonie (2024): The economic commitment of climate change**, Nature, <https://www.nature.com/articles/s41586-024-07219-0> [abgerufen am 09.05.2025]

- 17 **Kotz, Maximilian; Levermann, Anders; Wenz, Leonie (2024): The economic commitment of climate change**, Nature, <https://www.nature.com/articles/s41586-024-07219-0> [abgerufen am 09.05.2025]

- 18 **Kotz, Maximilian; Levermann, Anders; Wenz, Leonie (2024): The economic commitment of climate change**, Nature, <https://www.nature.com/articles/s41586-024-07219-0> [abgerufen am 09.05.2025]

- 19 **Potsdam Institute for Climate Impact Research (2024): 38 trillion dollars in damages each year. World economy already committed to income reduction of 19% due to climate change**, <https://www.pik-potsdam.de/en/news/latest-news/38-trillion-dollars-in-damages-each-year-world-economy-already-committed-to-income-reduction-of-19-due-to-climate-change> [abgerufen am 09.05.2025]

- 20 **Stechmesser, Annika; Koch, Nikolas et.al (2024): Climate policies that achieved major emission reductions: Global evidence from two decades**, Science, <https://www.science.org/doi/10.1126/science.adl6547> [abgerufen am 09.05.2025]

Herausgegeben von

Global Perspectives Initiative gUG (haftungsbeschränkt)
Dorotheenstraße 3, 10117 Berlin

office@globalperspectives.org
Telefon: +49 (0)30 55 57 80 530

Gesamtverantwortung

Gregor Darmer

Programmleitung

Sarah van Bentum

Beratung

Dr. Ingrid Hamm

Redaktion

Friederike Bauer

Gestaltung

Konstantin Haubrok

Global Perspectives Initiative

In einer globalisierten Welt ist ein kontinuierlicher und ergebnisorientierter Dialog zentral. *Global Perspectives* bringt die entscheidenden Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Medien und Zivilgesellschaft an einen Tisch, um die gemeinsame Zukunft nachhaltig zu gestalten. Als unabhängige und politisch neutrale Dialogplattform möchten wir die multilaterale Zusammenarbeit stärken. Dabei stehen die europäisch-afrikanischen Beziehungen im Fokus.

Dieses Projekt konnte dank der großzügigen Unterstützung der Gates Foundation realisiert werden.

© 2025 Global Perspectives Initiative

All rights reserved.